



FRAU. LEBEN. FREIHEIT.

Liebe Kolleg*innen,

das Schwerpunktthema dieser Ausgabe ist die Situation der „Lehrkräfte für besondere Aufgaben“. Wer mit diesem Begriff nichts anfangen kann, muss wissen, dass die Ausbildung von Lehramt-Studierenden ohne die LfBA (so die gängige Abkürzung) nicht möglich wäre. Und: Die meisten der Lehrenden sind befristet beschäftigt, was ihre Situation prekär macht. An der Kölner Uni laufen nun eine Reihe von befristeten Verträgen aus. De facto geht es um Entlassungen, um am Ende alle Beschäftigten in Konkurrenz miteinander zu setzen und zur Bewerbung auf ihre alten Stellen aufzufordern. Genaueres findet ihr in der Rubrik TITEL.

Aber auch die Rubrik INTERNATIONALES befasst sich mit dem Berufsstand der Hochschulbeschäftigten. Kolleg*innen aus Großbritannien beschreiben ihre Arbeitssituation und wie sie sich für Verbesserungen einsetzen. Vielleicht motivieren die Stimmen und Berichte zu koordiniertem Vorgehen auch hier bei uns in Köln ... Vergleichbar ist die Lage hier wie dort allemal.

Dass es angesichts der hohen Inflation und massiven Preissteigerungen so nicht weitergehen kann, sieht man auch in der Rubrik AUS DEN GREMIEN. Dort findet sich unter anderem der Beschluss der letzten Mitgliederversammlung unserer Kölner GEW, mit dem Nachverhandlungen zum Tarifvertrag gefordert werden. Das Interview mit einem Studenten, der in der Rubrik GESELLSCHAFT seine Lage beschreibt, untermauert diesen Ansatz.

Wirklich bedauerlich, dass „die Politik“ sich da nicht wenigstens zur Fortführung des 9-Euro-Tickets entschließen wollte. Ebenfalls unter GESELLSCHAFT nachzulesen ist, wie das Nachfolge-Modell einzuordnen ist und was im benachbarten Bundesland Hessen viel besser existiert.

Irgendwie scheinen die Einrichtungen der öffentlichen Hand nicht sehr pfleglich und nachhaltig betrieben zu werden. Schulen verfallen, Krankenhäuser sollen gar geschlossen werden. Was die Betroffenen davon halten und wie sie sich das nicht tatenlos mit ansehen wollen, erfahrt ihr in derselben Rubrik bzw. unter BILDUNGSPOLITIK.

Bleibt zu hoffen, dass die anstehende TVöD-Tarifrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen (nicht Ländern!) zumindestens die Inflation ausgleicht. Die beschlossenen Forderungen, die ihr auf der letzten Umschlagseite aufgeführt findet, sind jedenfalls vielversprechend.

*Wir wünschen euch einen guten Start ins neue Jahr!
Eure „forum“-Redaktion*



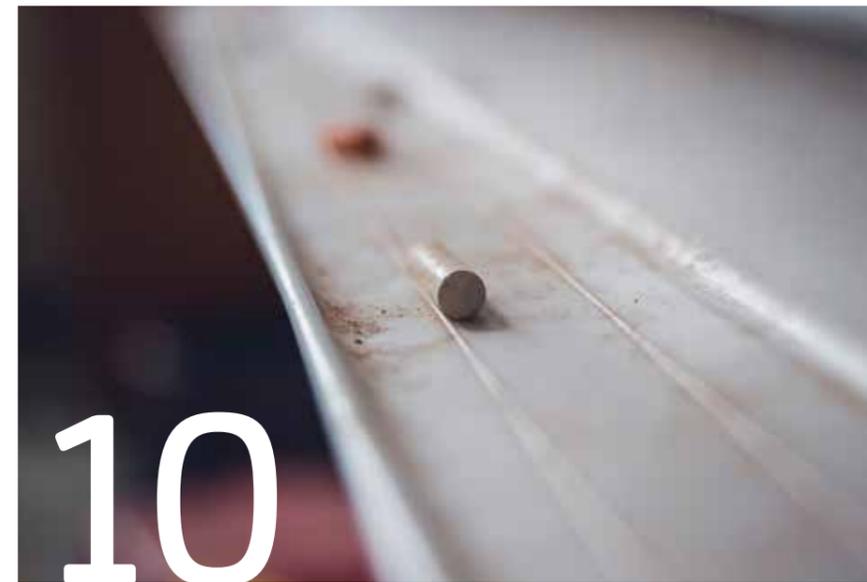
Ihr könnt das „forum“ auch als digitale Version per E-Mail beziehen (schickt dazu einfach eine E-Mail an kontakt@gew-koeln.de) oder nach Erscheinen den Download auf unserer Internetseite www.gew-koeln.de nutzen.

Termine unserer nächsten forum-Ausgaben:

Ausgabe 1-2023
Redaktionsschluss: 3.2.2023
Erscheinungstermin: 6.3.2023

forum 4-2022

IN KÜRZE	
Neuer GfV – Aktivenfest – Verstärkung gesucht!	4
KONTAKTE	
Gremien zum Mitmachen	5
TITELTHEMA	
LfBA – Intransparenz und Unsicherheit	6
AUS DEN GREMIEN	
Wie mich die Inflation trifft ...	9
A 13 – was jetzt zu beachten	10
Offener Brief – GE Neubrück	11
AK Schulentwicklung zum Thema GE Neubrück	12
GEW Köln fordert Nachverhandlungen zum TV-L	13
RECHT	
Nachtrag: Jubiläumsgeld	13
AUS DER BR- UND PR-ARBEIT	
Sprungbeförderung – Übersetzung bei Elterngesprächen	14
BILDUNGSPOLITIK	
Proteste am GY Kreuzgasse	15
Lehrkräftemangel in MINT-Fächern	17
Aktionswoche: Jahrestag Bücherverbrennung	18
GESELLSCHAFT	
So geht's auch: Landesticket Hessen	19
9-Euro-Ticket und 49-Euro-Ticket	20
Krankenhaus Holweide muss bleiben!	22
Schattenseite der UNO	24
BILDUNGSPOLITIK	
Schwarz-grüner Koalitionsvertrag in NRW	24
COP27 – Ein Desaster nach dem anderen	28
INTERNATIONALES	
Der Aufstand im Iran	30
Verbot von Gewerkschaften in Belarus	32
Britische Hochschulbeschäftigte legen Arbeit nieder	35
AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN	
Sozialpolitische Forderungen von GEW NRW u.a.	39
TVöD	40



Auf den Internetseiten www.gew-koeln.de oder auf www.gew-nrw.de sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln
Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46

Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de
facebook.com/gewkoeln/

Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Guido Schönian (verantw. Redakteur), Jutta Jilg, Stefan Schüller, Christina Krautwurst, Ines Bartenstein

Konto: BBBank eG
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 07

Druck: Zimmermann GmbH, Köln

Vertrieb: GWK, Köln

Layout: Atelier Goral, Köln

Titelfoto: Modern primat, Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0





Gleich zu Beginn wurde schon das Buffet eröffnet.



Die Steve Ouma Band: Musik zum Tanzen oder einfach nur zum Zuhören.



Zusammen über 100 Jahre GEW-Mitgliedschaft! Helga Löbber und Anne Ratzki, die sich seit Jahrzehnten ehrenamtlich bei uns engagieren.

Unser Aktivenfest!

Schon länger ist es her, aber trotzdem nicht vergessen: unser Aktivenfest im September dieses Jahres. Rund fünfzig Aktive aus allen Bildungsbereichen unserer Kölner GEW waren gekommen, um gemütlich bei leckerem Essen und Trinken einfach nur mal gemeinsam zu klönen. Für Unterhaltung sorgte die Steve Ouma Band, die alle begeisterte. Ein tolles Fest, dass wir 2023 mit Sicherheit erneut veranstalten werden.

Unser ONLINE-KALENDER

Alle GEW-Termine im Überblick – leicht über unsere Homepage per Klick zu erreichen (gew-koeln.de)!



Fotos: Eva-Maria Zimmermann

„Neuer Geschäftsführender Vorstand (GfV)“



Ausführliche Infos in der ersten „forum“-Ausgabe 2023.

<https://koeln.gew-nrw.de/wir-in-koeln/wer-wir-sind/geschaeftsfuehrender-vorstand.html>

Redaktion sucht Verstärkung!

Du hast Lust am Schreiben und Spaß an redaktioneller Arbeit? Unsere Zeitschrift forum sucht Verstärkung in unserem ehrenamtlichen Team! Wenn du interessiert bist, melde dich sehr gerne in unserer GEW-Geschäftsstelle (kontakt@gew-koeln.de), damit wir dich zur nächsten Redaktionssitzung einladen können.

Arbeitsgremien zum Mitmachen!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg*innen.

BERUFSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204, joerg.buschmann@gew-nrw.de
Thomas Wesseler, 0241-911326, thomaswesseler@arcor.de

ERWACHSENENBILDUNG

Dr. Lioba Waleczek, liobawaleczek@web.de
Klaus Mautsch, klaus@mautscherholz.de

GESAMTSCHULE

Nick Bauermeister, bauermeister@posteo.de
Eva Caspers, ecaspers@web.de

GRUNDSCHULE

Thorsten Albersmann, 0152-27651693, thorsten@albersmann.koeln
Katja Nielsen, 0221-5506556, katja.nielsen@gmx.de

GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633, fladerer@ish.de
Heike Wichmann, 0221-422354, heike.wichmann@gmx.net
Andreas Haenlein, 0221-9458678, andreas.haenlein@yahoo.de
Gudrun Skeide-Panek, 02232-29833, skeide_panek@web.de

HAUPTSCHULE

Hakan Türken, hakan.tuerken@gmx.net
Claudia Seidel, claudia.seidel1209@googlemail.com

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Esther Trost, esthertrost@posteo.de
Sarah Karim, sarah.karim@gmx.de
Ulrike Wesch, ulrikewesch@posteo.de

REALSCHULE

Katrin Reininghaus, 0221-331647, katrin.reininghaus@online.de
Karen Kiethe, karenkiethe@gmail.com

SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann, timohemmesmann@gmx.de
Maren Bennemann, maren.bennemann@154209.nrw.schule

SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Rainer Jettke, rainer.jettke@koeln.de

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

Helga Löbber, 0221-7123869, klein-loebbert@netcologne.de
Silke Weinberger-Brümmer, 0221-763379, nc-weinbesi2@netcologne.de

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Henning Frey, henning.m.frey@web.de
Julian Gurster, julianguerster@gmx.de

QUEER

Bodo Busch, 0221-9232930, bodo.busch@netcologne.de
Björn Kiefer, 0170-9913326, b.kiefer1@gmx.de

JUNGE GEW/STUDIERENDE

Julian Gürster, julianguerster@gmx.de

LEHREN UND ERZIEHEN ZUR MEHRSPRACHIGKEIT IN KÖLN (LEMK)

Silvia Treder, treder.silvia@gmail.com
Hasan Taşkale, Telefon: 0177-2403581, kontakt@gew-koeln.de

OFFENER GANZTAG

Alexandra Klöckener, a.kloeckener@online.de
Hans Raatz, raatz_hans@hotmail.com

ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

INKLUSION

Uschi Kellermann, 0221-16846200, uschi.kellermann@gmx.de

SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Anne Ratzki, annrat@gmx.de
Klaus Minartz, 0221-526722, klaus.minartz@gmail.com
Stefan Schüller-Breu, stefan.schueller@gmx.net



Stellenbeschreibung LfbA (Lehrkraft für besondere Aufgaben an Uni und Hochschule):

LfbA sind akademische Angestellte an den Universitäten und Hochschulen, die ausschließlich oder hauptsächlich mit Aufgaben in der Lehre betraut sind. Im Hochschulgesetz NRW heißt es dazu: Den LfbA „obliegt die Vermittlung von Fähigkeiten und Kenntnissen, die nicht die Einstellungs Voraussetzungen für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer erfordert.“ (§ 42 HG NRW).

Die Vergütung von LfbA erfolgt nach dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) und liegt zwischen EG11 und EG13. Die Verträge sind meistens befristet und die Kolleg*innen arbeiten häufig in unfreiwilliger Teilzeit. Der Lehrumfang beträgt zwischen 13 und 17 SWS bei einer vollen Stelle. Trotz des Hinweises, dass ihnen „im Rahmen ihrer Dienstaufgaben auch angemessen Gelegenheit zur Vorbereitung auf eine weitere wissenschaftliche Qualifikation gegeben werden, wenn sie befristet beschäftigt sind“ (§ 44[2] HG NRW), finden die wenigsten LfbA neben der hohen Lehrbelastung Möglichkeiten zur Qualifizierung in Form einer Promotion oder Habilitation.

Intransparenz und Unsicherheit

Die Anstellungssituation der Lehrkräfte für besondere Aufgaben an der Universität zu Köln verschärft sich – wieder einmal! // **Fachgruppe „Hochschule und Forschung“ (HuF) der GEW Köln**

Das die Arbeitsbedingungen von Hochschulbeschäftigten als prekär einzustufen sind, ist einer breiteren Öffentlichkeit spätestens seit #ichbinhanna bekannt. Mit diesem Hashtag haben seit 2021 zahlreiche Forscher*innen und Dozent*innen auf ihre unsicheren Arbeitsbedingungen aufmerksam gemacht. Bundesweit macht sich die GEW seit Jahren für die Belange des akademischen Personals an Hochschulen stark. Dabei steht unter anderem die Frage nach Sinn und Unsinn des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) im Vordergrund, das dringend zu einem Wissenschaftsentfristungsgesetz umgebaut werden muss. Die Befristungspraxis betrifft vor allem Beschäftigte, die auf sogenannten Qualifizierungsstellen angestellt sind und entweder an einer Dissertation oder einer Habilitation arbeiten. Die Möglichkeit zur Qualifikation solle allen geeigneten Personen offenstehen und unbefristete Verträge würden dazu führen, dass Hochschulen „verstopfen“. Das sind wesent-

liche Argumente für diese Befristungspraxis, die u.a. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung angeführt werden. Selbst wenn man dieser Logik folgt, ist fraglich, warum die Praxis der Kettenbefristung (wenn auch unter anderen gesetzlichen Bedingungen) auch auf diejenigen angewendet wird, die sich nicht „nur“ qualifizieren, sondern hauptsächlich mit Lehre und universitärer (Selbst-)Verwaltung (z.B. Drittmittel-Akquise, Evaluations- und Akkreditierungsprozesse, Organisation der Studiengänge etc.) betraut sind. Schließlich handelt es sich hierbei eindeutig um Daueraufgaben, für die aber keine Dauerstellen bereitgestellt werden.

Hunger Games im Hochschulbetrieb?

Eine Gruppe, die in der Diskussion selten genannt wird, sind die Lehrkräfte für besondere Aufgaben (LfbA). Personen, die auf diesen Stellen angestellt sind, sind fast ausschließlich mit grundständiger Lehre betraut und zwar in einem Umfang zwischen 13 und 17

Semesterwochenstunden (SWS) bei einer vollen Stelle.¹ Dieses Stellenprofil wurde ursprünglich eingerichtet, um aufgrund der doppelten Abiturjahrgänge in 2013 die Lehrkapazität kurzfristig zu erhöhen. Gleichwohl gibt es vor allem an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln immer noch sehr viele Personen (die genaue Anzahl ist unklar), die auf diesen Stellenprofilen unter den widrigsten Bedingungen einen Großteil der Lehrverpflichtung übernehmen – ihre Verträge sind zum größten Teil befristet. In den letzten Jahren gab es

¹Zum Vergleich: Ein*e wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in auf einer Qualifizierungsstelle lehrt 4 SWS, ein*e Professor*in an der Universität 9 SWS, ein*e Professor*in an der Hochschule für angewandte Wissenschaften 18 SWS. Vgl. Ministerium des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen (o.J.). Verordnung über die Lehrverpflichtung an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften (Lehrverpflichtungsverordnung - LVV) Link: https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=10000000000000000609 (Zugriff: 6.11.22).

	Befristet Angestellte		Unbefristet Angestellte		Befristungsanteile je Kohorte
	Häufigkeiten	Anteile	Häufigkeiten	Anteile	
max. 3 Jahre	716	22 %	12	2 %	98 %
mehr als 3 bis 6 Jahre	938	29 %	13	2 %	99 %
mehr als 6 bis 12 Jahre	1136	35 %	134	19 %	89 %
mehr als 12 bis 15 Jahre	226	7 %	114	16 %	66 %
mehr als 15 bis 20 Jahre	158	5 %	150	21 %	51 %
mehr als 20 Jahre	73	2 %	281	40 %	21 %

Tätigkeitsdauern der Befragten (LfbA) in der Wissenschaft, unterschieden nach befristet und unbefristet Angestellten. Aus: Kuhn/Reitz/Wöhrle: Arbeiten unter dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz, Jena-Dresden, 2022. <https://tud.qucosa.de/api/qucosa%3A80511/attachment/ATT-0/>

Zukünftige Lehrer*innen, Forscher*innen und andere Akademiker*innen sollen an unseren Hochschulen gute Bildungsbedingungen vorfinden. Dafür sind gute und sichere Arbeitsbedingungen für das akademische Personal unerlässlich.

immer wieder Wellen, in denen zwar manche dieser Verträge entfristet wurden, andere Personen, die jahrelang unter diesen Bedingungen gearbeitet haben, allerdings weder eine Entfristung noch einen Anschlussvertrag bekommen haben. Ein großer Teil der LfbA-Verträge an der Humanwissenschaftlichen Fakultät läuft nun im nächsten Jahr aus. Die Kommunikation zwischen Fakultäts- bzw. Hochschulleitung und den betroffenen Mitarbeiter*innen läuft bisher eher chaotisch und sehr intransparent. Den meisten Lehrkräften wurde bisher keine Verlängerung geschweige denn eine Entfristung ihrer Verträge in Aussicht gestellt. „Das ist mein zehnter Vertrag in elf Jahren und

Das Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) muss dringend zu einem Wissenschaftsentfristungsgesetz umgebaut werden!

ich weiß nicht, ob es nach 2023 weitergeht“, klagt eine LfbA im Oktober 2022.

Ein Beschäftigter der Uni Köln berichtet, dass kürzlich mehreren LfbAs die Möglichkeit versprochen wurde, sich auf unbefristete Stellen zu bewerben. Sie sollten kurzfristig am nächsten Tag ihre Bewerbungen einreichen. Anschließend hieß es, dass es zu

viele Interessierte gäbe und es nun zu einem anderen Verfahren kommen wird. Wie dieses aussehen wird und wann es soweit ist, darüber gibt es keine Auskunft. Ähnliches berichten weitere Betroffene. Eine Beschäftigte sagt: „Unsere Verträge laufen alle aus. Und ich weiß überhaupt nicht, wer davon profitieren soll!“. Anstatt also denjenigen, die ohnehin seit Jahren diese Arbeit gut und gerne machen, eine Entfristung anzubieten, sollen unbefristete Stellen öffentlich ausgeschrieben werden und dann auch noch in niedrigerer Anzahl als zuvor. Das ist eine Respektlosigkeit gegenüber den Beschäftigten, die uns an die Hunger Games denken lässt. Wann es geschieht, wie es abläuft und wen es betrifft, wird den Betroffenen auch nicht erläutert – die Intransparenz und das Zuständigkeiten-Geschacher an der Hochschule scheinen System zu haben.

Durch den „Zukunftsvertrag Studium und Lehre sichern“ kann eine fehlende oder befristete Finanzierung nicht mehr als Grund für diese Praktiken angeführt wer-

den. Ziel des Vertrages war weder die Fortsetzung der Exzellenz-Initiative (womit der Ansatz gemeint ist, Hochschulen miteinander in Konkurrenz treten zu lassen anstatt sie auf Kooperation im Sinne der Wissenschaft auszurichten) noch die Schaffung von ‚Leuchtturmprofessuren‘ (womit die Vorstellung verbunden ist, exzellente Forschungsbedingungen und -finanzierung auf einige wenige ausgesuchte Lehrstühle zu konzentrieren anstatt in die Breite zu finanzieren), sondern die Sicherung von guter Hochschullehre. Aus diesem Grund sagt der stellvertretende Vorsitzende der GEW Bund, Andreas Keller: „Die Zukunftsvertragsmittel sollten nur dann an die Hochschulen ausgezahlt werden, wenn diese nachweisen, dass das Geld für zusätzliche Dauerstellen für Daueraufgaben in Lehre und Forschung eingesetzt wird. Bund und Länder müssen die Weichen für eine Entfristungs-offensive an den Hochschulen gemeinsam stellen.“² Dass die Hochschulen einen entscheidenden Hemmfak-

„Das ist mein zehnter Vertrag in elf Jahren und ich weiß nicht, ob es nach 2023 weitergeht“ (LfbA der Uni Köln im Oktober 2022)

² <https://www.gew.de/presse/pressemitteilungen/detailsseite/gew-keine-tricksereien-beim-zukunftsvertrag>

„Man schimpft sich Bildungsinstitution. Und dann geht es aber nicht darum, gute Lehre zu machen, sondern darum, dass keiner klagt!“

(LfbA, Uni Köln)

tor bei den Entfristungen darstellen, zeigt sich, wenn man mit Hochschulbeschäftigten spricht, die von den Kettenbefristungen betroffen sind.

Neoliberale Hochschule

Glaubt man der neoliberalen Logik, dass nur Konkurrenz und Wettbewerb zu Innovation und exzellenter Forschung führen, müsste sich dies mittlerweile in der deutschen Lehr- und Forschungslandschaft abbilden. Eine in diesem Jahr veröffentlichte Evaluation der Beschäftigungsbedingungen an deutschen Hochschulen kommt zu dem Schluss, „dass die Befristung den Qualifikationserwerb oft nicht befördert, sondern erschwert.“³ Die Anzahl von Qualifizierungsbeschäftigung sei zwar gestiegen, die Anzahl der tatsächlich erreichenden qualifizierenden Abschlüsse jedoch nicht. Außerdem bilden sich auch die vermeintlichen Ziele der Befristungen – jungen Menschen nach dem Studium die Möglichkeit zur Qualifizierung zu liefern und verschiedene Hochschulen kennenlernen – in der Evaluation nicht ab: „Es ist also anzunehmen, dass beim wissenschaftlichen Personal ohne Professur Kettenverträge vorherrschen – aneinander anschließende Anstellungen an derselben Institution und mit ähnlichem Tätigkeitsfeld. Aufgrund ihrer Anzahl und Langwierigkeit lassen sich die fraglichen Verträge auch nicht allein mit der Abfolge verschiedener Qualifikationsphasen erklären.“⁴

Beachtet man nun auch noch, dass die Personalräte für akademisches Personal fast ausschließlich mit der Prüfung von Befristungsgründen beschäftigt sind und viele Professor*innen sich Planbarkeit und Sicherheit durch unbefristete Stellenprofile wünschen, wird immer fraglicher, wem mit diesem Befristungsunwesen überhaupt gedient ist. Die FDP, die das Bundesbildungsministerium stellt, behauptet immer wieder, dass sie für Entbürokratisierung eintritt. Wir hätten ein paar Vorschläge, wie diese an Hochschulen zu erreichen ist.

Hochschularbeit ist kein Hobby

Gleichzeitig zu den Geschichten über Kettenbefristung, Unsicherheit und Intransparenz hört man zur Zeit immer wieder, dass Stellen nicht besetzt werden können, es kaum qualifizierte Bewerber*innen für die Hochschullehre und Forschung gibt und dass die Lehrer*innenbildung unbedingt gestärkt werden müsse. Anstatt also diejenigen Personen, die ihre Arbeit seit Jahren gut und gerne machen, dermaßen respektlos zu behandeln, fordern wir auch eine realistische Einschätzung der Situation. Ähnlich wie es der Krankenhausbewegung um das Wohl der Patient*innen geht, wollen wir nicht mehr und nicht weniger als unsere Arbeit gut machen zu können. Zukünftige Lehrer*innen, Forscher*innen und andere Akademiker*innen sollen an unseren Hochschulen gute Bildungsbedingungen vorfin-

den und keine Massenabfertigung. Dafür sind gute und sichere Arbeitsbedingungen für das akademische Personal unerlässlich.

Wie erörtert, stellen vor allem Intransparenz und Zuständigkeitsverschiebungen Hochschulbeschäftigte vor frustrierende Situationen, bei denen es schließlich um ihre Existenzgrundlage geht. Problematisch ist dabei vor allem die Vereinzelung, da das Karrieresystem Hochschule, das auf Bestenauslese und Exzellenz getrimmt ist, auf Konkurrenz und Elitenbildung setzt. Wir setzen dem entgegen, dass Hochschularbeit eine wichtige Arbeit ist, die aber nicht ideologisch überhöht werden sollte. Ja, den meisten von uns macht ihre Arbeit Spaß und es gibt eine hohe intrinsische Motivation, in Forschung und Lehre zu arbeiten. Aber Hochschularbeit ist kein Hobby, dem wir nebenbei und nur zu unserem eigenen Vergnügen nachgehen, sondern Arbeit, die der Ausbildung von Akademiker*innen und Lehrer*innen von morgen dient. Politik, Gesellschaft und vor allem die Hochschulen selbst müssen endlich diese Leistungen anerkennen und zwar nicht dadurch, dass immer wieder neue Preise für besondere Leistungen vergeben werden, sondern dadurch, dass den Mitarbeitenden Respekt und Kommunikation auf Augenhöhe entgegengebracht wird. Das wäre übrigens auch das beste Mittel, um Gleichstellung und mehr Diversität zu erreichen. Eine entfristete Beschäftigung stellt hier den ersten Schritt dar.

„Unser Stellenprofil ist eigentlich nicht erwünscht, aber wir sind alle schon seit mehr als zehn Jahren da.“ (LfbA, Uni Köln)

Die Inflation trifft alle, aber nicht alle gleich! Interview mit einem Studenten.

Wenn die Preise steigen, dann merken das alle Menschen, die zu den viel zitierten Verbraucher*innen gezählt werden. Doch je dünner die finanzielle Knautschzone, desto stärker wirkt sich der Preiswahnsinn aus. //

Das Hilfs-Netzwerk „Oxfam“ stellte letztes Jahr fest, dass die zehn reichsten Personen in Deutschland ihr Vermögen seit Beginn der Pandemie von rd. 125 Milliarden Euro auf ca. 223 Milliarden Euro steigern konnten. Das ist ein Zuwachs von fast 78 Prozent und entspricht annähernd dem Gesamtvermögen der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung. Das Verhältnis lautet also zehn zu 33 Millionen Menschen!

Wie alt bist du und wie be- streitest du deinen Lebensunterhalt?

Ich bin 25 Jahre alt und erhalte seit ein paar Jahren ein Stipendium und arbeite als Servicekraft in der Gastronomie auf 450€ Basis.

Wie sieht deine Lebenssituation aus (Familie, Wohnung, Schule/ Studium/Beruf...)?

Aktuell wohne ich alleine und bin in einer Fernbeziehung. Als Lehramtsstudent an der Uni Köln und politisch aktiver Mensch versuche ich neben dem Studium viel ehrenamtliche Arbeit zu leisten.

Wie würdest du deine finanzielle Situation in den letzten Jahren beschreiben?

Meine finanzielle Situation konnte lange durch das Stipendium abgedeckt werden, auch wenn ich durch die steigenden Mieten schon langsam gemerkt habe, wie alles knapper wird.

Was hat sich an deiner finanziellen Situation in den letzten Monaten verändert?

Durch die Inflation, die steigenden Mieten und Lebensmittelpreise verknappt sich zunehmend der finanzielle Spielraum. Ich weiß, dass es vielen anderen Kommiliton:innen ähnlich oder noch schlechter geht. Manche wohnen zu Hause bei ihren Familien, um Geld sparen zu können. Da habe ich es als Stipendiat noch halbwegs gut, obwohl ich ja auch nebenbei ar-

beiten gehe. Das führt dazu, dass ich weniger Zeit für mein Studium habe. Und selbst da reicht das Geld nicht aus, weshalb ich vor Kurzem mein Recht als Bürger genutzt und einen Wohngeldantrag ausgefüllt habe. Aus Angst vor hohen Energiepreisen heize ich aktuell gar nicht und versuche lieber andersartig, mich warm zu halten.

Krise zusätzlich zu gewinnen. Das ist unmenschlich. Außerdem brauchen wir einen bundesweiten Mietendeckel, der die Mietpreise bremst. Die aktuelle Mietpreisbremse erweist sich nicht als hilfreich. Wenn die Gaspreisbremse ebenso laufen wird, wird das die sozialen Nöte nicht abfedern.

Die kommt eh viel zu spät. Wir brauchen ein günstiges Grundkontingent von Energie. Außerdem natürlich eine deutlich ambitioniertere Energiewende, die von vorne bis hinten gut geplant sein muss. Das, was die letzten Bundesregierungen verbockt haben, müssen wir jetzt ausbaden. Insgesamt brauchen wir aber natürlich auch höhere Löhne, um die 10% Inflation ausgleichen zu können.

Was erwartest du in diesem Zusammenhang von deiner Gewerkschaft?

Ich erwarte eine kämpferische Gewerkschaft, die starke Forderungen setzt und sich weder von Arbeitgebern noch neoliberalen Positionen einschüchtern lässt. Sie sollte mit breiter Brust auf Tarifauseinandersetzungen zugehen und vor allem versuchen, breite gesellschaftliche Bündnisse aufzubauen, die eine solidarische und gerechte Antwort auf die Krise geben. Genau das macht meine Gewerkschaft, die GEW, in Köln und ich bin froh darüber. Das müssen aber auch andere Einzelgewerkschaften tun und auch außerhalb Kölns. Wir brauchen eine starke gewerkschaftliche und außerparlamentarische Bewegung für soziale Gerechtigkeit statt Appelle ans Frieren oder Gürtel-enger-schnallen.



Was ist der- zeit am schlimmsten?

Ich merke nach jedem Einkauf erheblich, wie ich weniger Lebensmittel für das gleiche Geld bekomme. Das finde ich schlimm. Auch die Frage nach Heizen beschäftigt mich. Es kann doch nicht sein, dass wir in eine Situation gekommen sind, in der wir auf fundamentale Sachen unseres Alltags – eine warme (bezahlbare) Wohnung und Brot – verzichten müssen oder das Leben zum Luxus wird. Und dann kommen manche Politiker und sprechen von Gratismentalität. Das hat doch nichts mit der Lebensrealität vieler Menschen zu tun.

Welche Maßnahmen braucht es aus deiner Sicht?

Wir brauchen ein ganzes Maßnahmenbündel angefangen bei einer Übergewinnsteuer für die reichen Konzerne, welche in den letzten Monaten nicht nur überproportional viel verdient haben, sondern teilweise bewusst ihre Preise erhöht haben, um aus der

³ Kuhn, Mathias/ Reitz, Tilman/ Wöhrle, Patrick. (2022). Arbeiten unter dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz Eine Evaluation von Befristungsrecht und -realität an deutschen Universitäten. Link: <https://tud.qucosa.de/api/qucosa%3A80511/attachment/ATT-0/> (Zugriff: 6.11.22). S. 7.

⁴ Ebd. S. 54.

A 13 – was jetzt zu beachten ist!

Sowohl das Landesamt für Besoldung und Versorgung wie auch das Ministerium für Schule und Bildung informieren über die vorzeitige und vorbehaltliche Umsetzung des Gesetzes zur Anpassung der Lehrkräftebesoldung. Der vorliegende Gesetzentwurf ist zunächst im Rahmen der sogenannten Verbändeanhörung gemäß § 93 LBG zur Stellungnahme der Gewerkschaften und Verbände vorgelegt worden. Erst im Januar wird dann die erste Lesung im Landtag stattfinden und das Gesetzgebungsverfahren (voraussichtlich mit der Überweisung in den Haushalts- und Finanzausschuss usw.) starten. Dies wird üblicherweise 2 bis 4 Monate dauern. Erst mit Verabschiedung des Gesetzes im Landtag und Veröffentlichung im Gesetzblatt ist das Gesetz verabschiedet.

Vorab sollen 55.000 verbeamtete Lehrkräfte in der Besoldungsgruppe A 12 rückwirkend die im Gesetz vorgesehene Zulagen (jeweils 115 Euro) für November und Dezember 2022 sowie die reguläre Zahlung für Januar 2023 inklusive der Zulage zum 30. Dezember 2022. Sie erhalten vorab dazu einen Brief mit Erläuterungen vom LBV.

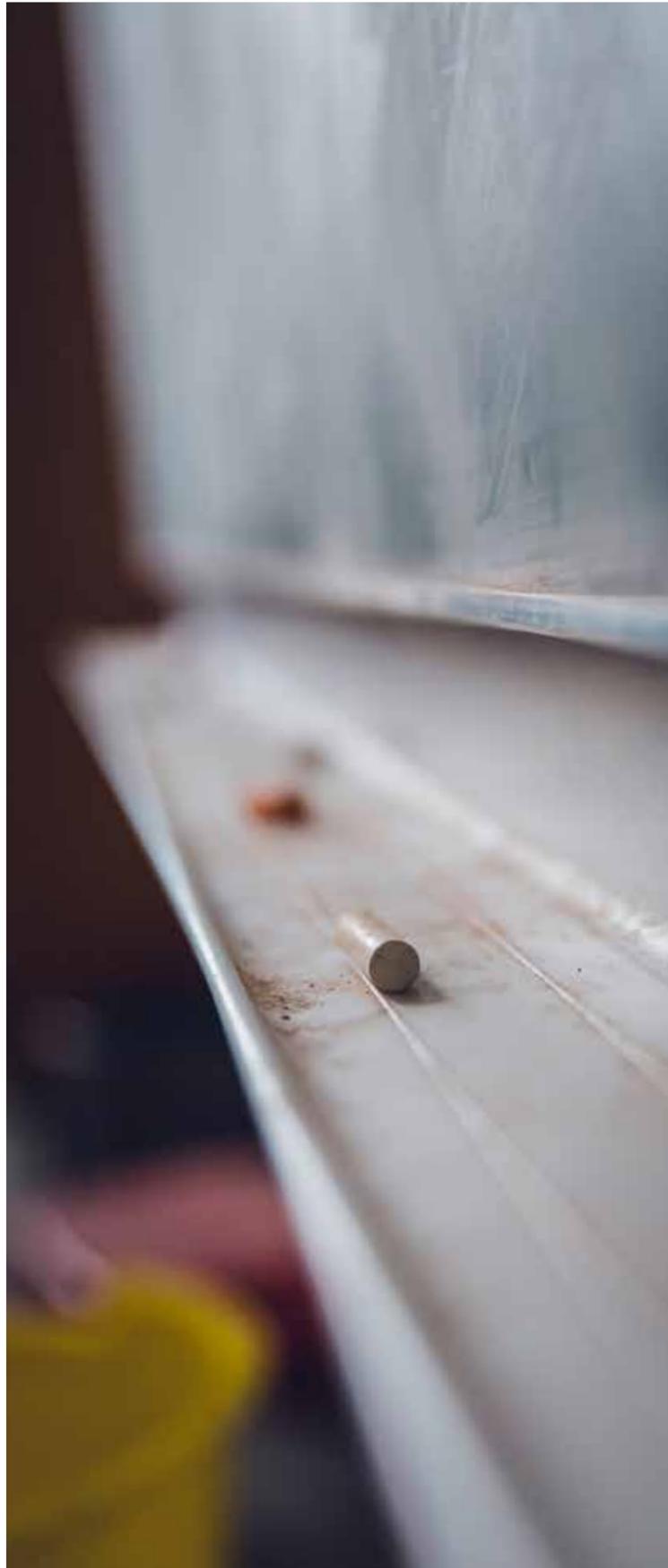
Für tarifbeschäftigte Lehrkräfte gilt, dass auch sie am 30. Dezember 2022 einen Abschlag auf die Zulagenzahlungen erhalten sollen. Dafür haben die Bezirksregierungen ca. 5.400 tarifbeschäftigte Lehrkräfte mit Anspruch ermittelt.

Wichtiges zur Antragstellung:

Beamte*innen müssen keinen Antrag stellen! Falls allerdings die Zahlungen nicht erfolgen, wird geraten, beim LBV nachzufragen bzw. es schriftlich zu beantragen.

Tarifbeschäftigte:

1. Antragstellung für Erfüller*innen und beste Nichterfüller*innen (eingestellt ab 1.08.2015) ist nicht nötig! Falls allerdings die Zahlungen nicht erfolgen, muss (Achtung 6-Monats-Frist!) schriftlich eingefordert werden.
2. Erfüller*innen und beste Nichterfüller*innen (eingestellt vor dem 1.08.2015): wenn sie bereits die Angleichungszulage (derzeit 105 Euro) erhalten, ist ein **Antrag nicht nötig!** Falls allerdings die Zahlungen nicht erfolgen, muss (Achtung 6-Monats-Frist!) schriftlich eingefordert werden.
3. Erfüller*innen und beste Nichterfüller*innen (eingestellt vor dem 1.08.2015): wenn sie keine Angleichungszulage (derzeit 105 Euro) erhalten, **ist ein Antrag zu stellen** auf die Zulage nach diesem Gesetz (also 115 Euro) ab Verabschiedung des Gesetzes (Frühjahr 2023) und fristgebunden bis zum 31.10.2023!
4. Seiteneinsteiger*innen mit sonstiger Qualifikation, die ab dem 1. August 2015 eingestellt sind, brauchen keinen Antrag stellen und werden ab dem 01. August 2026 entsprechend höhergruppiert.
5. Seiteneinsteiger*innen mit sonstiger Qualifikation, die vor dem 1. August eingestellt wurden und noch dem Überleitungsrecht unterfallen können einen Antrag zur Höhergruppierung stellen (falls sie nicht schon in dieser EG sind); die Antragsfrist ist der 31.07.2027 rückwirkend auf den 01.08.2026.



Gesamtschule Neubrück

Offener Brief an die Ratsfraktionen der Stadt Köln

// Sylvia Schrage, Bürgerverein Köln-Neubrück e. V.

Bereits als meine Kinder einen Gesamtschulplatz benötigten, haben wir keinen bekommen und nicht nur bei uns, sondern sämtliche Kinder des Jahrgangs bekamen keinen. Die Kinder weinten und fühlten sich abgelehnt. Die Eltern verstanden die Welt nicht mehr, warum das eigene Kind keinen Schulplatz an der Schulform seiner Wahl bekommen würde. Schließlich wurde bereits in der dritten Klasse danach gefragt.

So und so ähnlich geht es nun schon seit Jahren oder soll ich sagen seit Jahrzehnten vielen Familien in Neubrück, die aufgrund der Lage von Neubrück zwischen den weit entfernten Gesamtschulen (Holweide und Vingst) aufgrund des Radius keine Möglichkeit haben auf diese Schulform zu gelangen. Die „neu“ gebauten Stadtveedel Madaus in Merheim mit ca. 5.000 Menschen sowie das Waldbadviertel in Ostheim mit ca. 3.000 Menschen kommen hinzu.

Wir wollten unsere Kinder gerne auf eine Gesamtschule schicken, nicht weil wir „die“ Gesamtschule als „die“ Schulform ansehen, sondern, weil wir bei unseren Kindern gesehen haben, dass Kinder schon in der vierten Klasse in die Schublade Hauptschule, Realschule oder Gymnasium einzuteilen, viel zu früh ist. Andere Bundesländer sind da weiter als NRW.

Unsere Kinder sind nun 21 und 18 Jahre und sind in Ausbildung und Studium. Was hat sich bislang in den 11 und 8 Jahren für die Neubrücker Kinder getan? Nichts!!!

Neubrück ist ein Stadtteil, der sich in den letzten Jahren am meisten verjüngt hat und aufgrund des niedrigen Mietzinses viele Menschen mit Migrationshintergrund ankommen. 65 % der Menschen haben einen Migrationshintergrund, in der Schule meiner Kinder waren über 80 % Kinder mit Migrationshintergrund. Von der Benachteiligung des Bildungssystems für die Kinder brauche ich Ihnen, als Lokalpolitiker, nichts zu erzählen: zu enge Wohnverhältnisse, schlechte finanzielle Verhältnisse und oftmals geringe Bildung im Elternhaus. Die Grundschulen sehen hier die mangelnde Unterstützung der Eltern für die Schulform Gymnasium, obwohl die Kinder oftmals dazu Potential hätten. Die Kinder wachsen neben ihrer Muttersprache und Deutsch, dann auch noch mit Englisch auf und gerade das führt in der Grundschule zu erheblichen Problemen. Das Einfinden in die Institution Schule bedarf einfach ein paar Jahre.

Wir als Bürgerverein bekommen häufig die Klagen der Eltern zu hören, insbesondere der Menschen mit Migrationshintergrund, die aufgrund einer Gesamtschulablehnung auf die Hauptschule müssen. Mütter stehen weinend vor mir, weil ihr Kind an keiner Gesamtschule angenommen wurde und nun auf die Hauptschule muss. Gerade diese Personen möchten ihren Kindern die möglichst beste Schulform angedeihen lassen, zumal sie selbst oft in den Heimatländern kaum Schulbildung erfahren konnten und dies sehr zu schätzen wissen, dass der Zugang hier in Deutschland so möglich ist. Auch hier

ist die Schulform Hauptschule leider nicht gut angesehen. Das Argument, diese Schulform sei die Beste für Kinder mit Migrationshintergrund, ist somit nicht haltbar.

Weiterhin gibt es hier in dem Bereich neben Neubrück, Rath, Brück, Merheim und Ostheim lediglich zwei Realschulen und ein Gymnasium sowie die Hauptschule. Das diese Schulplätze für so ein großes Gebiet nicht ausreichen, kann ja jedem klar sein.

Die Hauptschule Neubrück hat sich, nach anfänglichen Schwierigkeiten, gut in Neubrück „eingelebt“. Probleme, wie Müll und gelegentliches Schüler*innenverhalten, werden in Zusammenarbeit mit der Schulleitung und dem Bürgerverein immer wieder angegangen. Ganz normal mit einer Schule im Stadtteil. Die Schule sowie das Kollegium als Hauptschule ist sehr engagiert und bietet, so denke ich, den Schüler*innen die bestmögliche Schulausbildung und macht Dinge möglich, die es vielleicht an anderen Schulen nicht gibt. Dass die Lehrerschaft „Ihre“ Schule behalten möchte, kann ich verstehen. Wichtig hier: Es geht hier nicht gegen die Hauptschule, sondern für die Schulform Gesamtschule.

Allerdings sehen wir hier das große Potential dieser Schule mehr Kindern, insbesondere Neubrücker Kindern, den Zugang zu einem Gesamtschulplatz zu ermöglichen.

Insbesondere das bislang Jahrzehnte nicht genutzte, riesengroße, angelehnte Grundstück könnte für Schulneu- und/oder Erweiterungsbauten benutzt werden.

Das die Schulentwicklung auf Vorschläge, die bereits über uns an jegliche Parteien angeregt wurden, immer nur ablehnend reagiert, ist ein Schlag ins Gesicht für Eltern und Kinder, die einen Schulplatz suchen. Es gab bereits abgelehnte Anträge für eine Gesamtschule (Fläche zu klein) sowie für den Bau einer Grundschule (nicht neben einer Hauptschule).

Das jetzt auch noch der Schulausschuss gegen die Gesamtschule stimmt, hat hier bei Eltern große Empörung hervorgerufen. Stimmen nach einer Demo und Unterschriftenlisten sind an uns herangetragen worden.

Wie groß muss der Druck für die Schulplatzsuche sein? Familien ziehen nach Neubrück und erhalten weder einen Grund- noch einen weiterführenden Schulplatz. Gerade für einen Stadtteil, der sozialräumlich gefördert werden soll, ist dies keine Lobeshymne seitens der Stadt Köln!

Auch haben viele Familien aus den angrenzenden Stadtteilen wie Rath, Brück und Ostheim hoffnungsvoll auf die „neue“ Schule geschaut. Auch diese sind nun wütend, ihre Kinder hier nicht anmelden zu können.

Wir bitten Sie, als Bürgerverein Köln-Neubrück, im Namen der Kinder und Eltern, nicht nur in Neubrück, dass dieses Potential für mehr Schulplätze in Neubrück endlich genutzt wird.

Köln, im Oktober 2022



// Arbeitskreis Schulentwicklung //

Pressemitteilung des Arbeitskreises Schulentwicklung der GEW Köln vom 8.11.2022:

GEW an das Ratsbündnis (Grüne, CDU, Volt): Hört auf die Bürger:innen von Neubrück! Zieht euren Änderungsantrag in der Ratssitzung zurück! Gebt der Gesamtschule Neubrück eine Chance!

Die Entscheidung im Schulausschuss, am Helene-Weber-Platz die Hauptschule fortzuführen und keine Gesamtschule zu errichten, hat bei den Bürger:innen von Neubrück für Empörung und auch außerhalb Kölns landesweit für Unverständnis gesorgt. Die Behauptung, „das Profil der Hauptschule erweise sich als ein Erfolgsmodell in Sachen Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit, insbesondere für Sprachförderung und Inklusion“ wird überall als realitätsfern und geradezu zynisch beurteilt. Um erneut Anne Ratzki, Mitglied im Leitungsteam des Arbeitskreises Schulentwicklung der GEW Köln, zu zitieren: „Das gute Förderkonzept und die konkrete gute Arbeit an der Neubrücker Hauptschule könnte die Gesamtschule ohne weiteres fortsetzen, denn Fördern, Integration und Inklusion sind das Kerngeschäft der Gesamtschule. Darüber hinaus aber bietet sie gerade Kindern aus sozial benachteiligten Familien Chancen, die die Hauptschule nicht bieten kann: erweiterte Bildungsmöglichkeiten bis zum Abitur, Aufstieg durch Bildung.“

So hatten die Neubrücker Eltern seit Jahren auf eine ortsnahe Gesamtschule gehofft – Neubrück liegt so weit von anderen Gesamtschulen entfernt, dass Neubrücker Kinder praktisch nie eine Chance auf einen Platz an einer Kölner Gesamtschule hatten. Die Hauptschule kann die Gesamtschule nicht ersetzen, sie ist keine Alternative für die Eltern.

Betroffenheit herrscht auch in vielen Kommentaren darüber, dass die Unsitte des Abschulens wertvollen Schulraum blockiert, dass deshalb die Hauptschule in Neubrück erhalten bleiben müsse. Gesamtschulen sind das beste Mittel gegen Abschulen. Die etwa 500 Schüler:innen, die jedes Jahr von Gymnasien und Realschulen abgeschult werden, müssen doppelt gezählt werden, einmal bei der Einschulung an Gymnasien und Realschulen – und dann noch einmal ab 7. Klasse, wo sie ca. 20 neue Klassen bilden. Allerdings werden die Hauptschulen in Köln nur noch von weniger als 5% der Eltern gewählt, so dass noch genug Platz für diese Klassen ab 7. Schuljahr an den 12 Kölner Hauptschulen vorhanden ist.

Der Antrag der Verwaltung ist fundiert und würde kurzfristig für 108 neue Gesamtschulplätze sorgen, endlich auch Gesamtschulplätze für die Kinder aus Neubrück. Die Antragsteller des Änderungsantrags sollten ihre Gründe überprüfen.

Wir rufen CDU, Grüne und Volt auf, den Willen der Bürgerinnen und Bürger aus Neubrück zu achten und einer Gesamtschule in Neubrück zuzustimmen.

Kölner GEW-Mitglieder fordern Nach- verhandlungen zum TV-L und einen Inflations- ausgleich

Am 30. November 2022 fand die Mitgliederversammlung der Kölner GEW statt. Vom Ausschuss für Angestellte lag der Antrag vor, dass die entsprechenden Gewerkschaftsgremien mit einer eindeutigen Forderung an den Arbeitgeber herantreten: Inflationsausgleich und Übernahme der TvöD-Forderung. // **Die „forum“-Redaktion**

Von der Mitgliederversammlung der GEW Köln beschlossen und versendet an:

- Landesvorstand der GEW NRW
- Bundestarifkommission
- Landestarifkommission
- Ausschuss für Tarifpolitik (ATP)
- Haupt- & Koordinierungsvorstand der GEW
- Redaktionen forum und lautstark

Der GEW-Stadtverband Köln fordert den GEW-Koordinierungsvorstand dazu auf, die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) zu Nachverhandlungen zum Inflationsausgleich aufzufordern.

Ziel der Nachverhandlung ist, das für den TVöD-Bereich von GEW und ver.di beschlossene Ziel einer Tarifierhöhung von 10,5%, mindestens aber 500 Euro, zeitgleich auch als Tarifierhöhung für den TV-L Bereich durchzusetzen.

Die Mitgliederversammlung bittet euch dies zur Kenntnis zu nehmen und in euren Gremien zu besprechen.

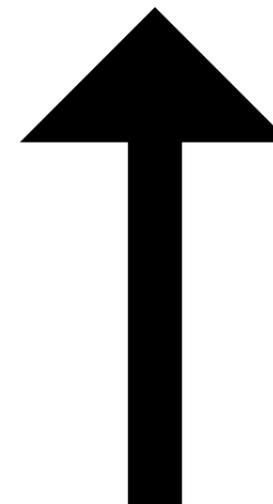


Nachtrag zum Artikel „Jubiläumsgeld“

(forum, Ausgabe 2/2022, S. 20)

Dazu noch drei praktische Tipps:

1. Die Bezirksregierung hat nicht in allen Fällen wie vorgesehen bei der Einstellung die Jubiläumsdienstzeitberechnung vorgenommen bzw. in die Personal-EDV eingepflegt. In diesen Fällen ist das Dienstjubiläum kein „Selbstläufer“. Es empfiehlt sich deshalb für alle Beschäftigten, die Jubiläumsdienstzeitberechnung bei der zuständigen Personalsachbearbeitung anzufordern und zu überprüfen.
2. Für Beamt*innen: Es gab Einstellungsjahrgänge, da wurde auf Grundlage der damals gültigen Jubiläumszuwendungsverordnung (JZV) das Referendariat bei der Jubiläumsdienstzeitberechnung nicht mit eingerechnet. Diejenigen, bei denen das so war - und nur diese -, haben einen Anspruch auf Neuberechnung der Jubiläumsdienstzeit nach der aktuell gültigen JZV. Das Referendariat zählt also in jedem Falle jetzt mit. Man muss aber selbst aktiv werden und auf dem Dienstweg einen entsprechenden Antrag auf Neuberechnung stellen, wenn man zu den betroffenen Jahrgängen gehört. Das läuft nicht automatisch! Ob man aktiv werden muss, klärt sich, wenn man Tipp 1 befolgt hat.
3. Bitte die Ausschlussfrist beachten: Angestellte müssen wegen der tarifvertraglichen Regelung das Jubiläumsgeld innerhalb von sechs Monaten einfordern. Beamte*innen haben wegen der beamtenrechtlichen Regelung dafür drei Jahre Zeit.



Sprungbeförderung nicht mehr möglich

Ein Urteil des Verwaltungsgerichts Köln von Juni 2022 hat gravierende Konsequenzen für die Kolleg:innen unserer Schulform. Bisher war es möglich, sich als Lehrkraft auch auf „höherwertige“ Beförderungsstellen zu bewerben. So konnte sich eine Kollegin aus dem gehobenen Dienst (Laufbahngruppe 2.1) mit der Besoldung A12/EG11 auf eine Abteilungsleiterstelle dotiert mit A14/EG14 bewerben. Nach erfolgreicher Revision und Stellenbesetzung bekam die Kollegin dann wegen des Verbotes der Sprungbeförderung ein Jahr lang A13 und dann die vorgesehene Besoldung A14.

Mit dieser Praxis ist jetzt aber leider Schluss. Das Gericht beruft sich nach einer Klage auf die Laufbahnverordnung des Landes NRW, die besagt, dass „alle Ämter ordentlich durchlaufen werden müssen“.

Die Bezirksregierung Köln musste das Urteil sofort umsetzen und hat alle laufenden Besetzungsverfahren für Schulleitungs- oder Beförderungsstellen mit Kandidat:innen, die eine Sprungbeförderung vollziehen würden, abgebrochen.

Wir sehen in diesem Urteil eine erhebliche Benachteiligung vor allem der Lehrkräfte aus dem gehobenen Dienst. Für diese Kolleg:innen stehen ohnehin seit Jahren weniger Beförderungsstellen zur Verfügung als für die Menschen im höheren Dienst.

Nun wird es ihnen auch noch deutlich schwerer gemacht, sich auf Stellen in der erweiterten Schulleitung zu bewerben. (Nur das Amt der Schulleiter:in ist von der Verordnung ausgenommen.)

Die Vergabe vom ersten Beförderungsamts wird zum Nadelöhr für alle, die im Sys-

tem Schule Verantwortung übernehmen wollen. Umso wichtiger wird es, dass die Lehrer:innenräte ihre Informations- und Beratungsrechte gegenüber der Schulleitung wahrnehmen und sich für eine faire und offene Ausschreibung der Beförderungsstellen einsetzen, um „Günstlingswirtschaft“ auszuschließen.

Wir fordern einen laufbahnunabhängigen Zugang zu Beförderungsämtern!

Hilfe bei Übersetzung in Elterngesprächen

In unseren Schulen werden Kinder unterschiedlicher Herkunft unterrichtet. Es können bei Elterngesprächen herkunftsbedingte Verständigungsprobleme bestehen, die eine Übersetzung bzw. eine:n Dolmetscher:in erforderlich machen.

Die Städte setzen ausgebildete Sprach- und Integrationsmittler:innen ein, die von den städtischen Schulen gebucht werden können. Das Angebot umfasst dabei mehr als 90 Sprachen. Dies stärkt die Chancen der Eltern auf eine aktive Teilhabe an den Gesprächen erheblich. So können Eltern mit Migrationshintergrund verlässlich über den Bildungsweg ihres Kindes informiert werden und bewusst auch Entscheidungen zur weiteren Förderung treffen. Diese zertifizierten Sprach- und Integrationsmittler:innen sind in über 70 Kommunen in NRW im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen im Einsatz.

Die Städtereionen Köln, Bonn und Aachen und vielen weiteren Städten in NRW bieten Hilfen über die Kommunalen Integrationszentren.

Die Schule oder die Lehrkraft beantragt die Übersetzungsleistung zwei bis fünf Tage vor dem Termin z.B. beim:

- Sprachmittlerpool für die Stadt Köln entweder: telefonisch unter 0221/485568-14 erreichbar von 8h – 16.30h oder per Mail: sprachmittlerpool@bikup.de
- Sprachmittlerpool für die Stadt Bonn: integration-in-bonn.de Telefon: 0228/772375
- Sprachmittlerpool für die Stadt Aachen unter 0241/51984610

Die Kosten für den Einsatz der Sprach- und Integrationsmittler:innen werden in Köln vom Kommunalen Integrationszentrum der Stadt Köln im Rahmen der Kooperationsvereinbarung „Sprachmittlerpool für die Stadt Köln“ getragen. Der Lehrkraft entstehen für den Einsatz keine Kosten. In den anderen Städtereionen bestehen diese Kooperationsvereinbarung nicht. Aus diesem Grund muss beim jeweiligen Kommunalen Integrationszentrum nach anfallenden Kosten gefragt werden.

Wir fordern einen laufbahnunabhängigen Zugang zu Beförderungsämtern!

„Reker komm' raus!“

Die Kreuzgasse fällt auseinander, die Schüler streiken und demonstrieren gemeinsam mit Eltern und Lehrkräften, aber die Verantwortlichen halten sich bedeckt. // **Julian Gürster, Mitglied des GfV und der Fachgruppe Gymnasium**



Fenster lassen sich nicht öffnen. Die Hitze in den Klassenräumen ist unerträglich. Der Unterrichtsausfall wegen Hitze-frei ist massiv. Gleichzeitig ist das Leitungswasser nicht trinkbar. Es fehlen Waschbecken. Die Wasserhähne in den Bio-räumen sind seit Jahren kaputt. Das W-LAN funktioniert nicht. Ein Fenster fällt aus seinem Rahmen ins Treppenhaus – zufälligerweise am Wochenende. Netze hängen an der Decke, um die darunter Sitzenden zu schützen. Stuhlreihen brechen aus den Angeln. Die Berichte von Eltern und Schülern zeigen: Die Kreuzgasse fällt buchstäblich auseinander und die Schülerinnen und Schüler leiden. Im Zustand des Gebäudes spiegeln sich Jahre des Versagens der Schulpolitik auf Stadt- und Landesebene. Doch es gibt Widerstand!

Widerstand für „Bildung und Gesundheit“

Böse Zungen könnten nun sagen, die Schülerinnen und Schüler würden auf die Zustände an den Universitäten vorbereitet, doch die

Demonstranten fassen es in Sprechchören unter den Fenstern des Rathauses am Freitag, den 26.8., wohl besser und ohne Zynismus zusammen: „Die Kreuzgasse ist fast tot, Sanierung tut Not!“

Aus Schülersicht beschreibt der Schülersprecher Mohammed Alassane die Realität der Schulpolitik in einem Redebeitrag: „Seit der 7. Klasse wurde uns versprochen, dass unsere Schule renoviert wird. Jetzt bin ich in der Q2 und nichts ist passiert. Wir sind nicht hier um rumzualbern, sondern wegen unserer Bildung und unserer Gesundheit“. Immer wieder sei die Sanierung verschoben worden. Jetzt gehe man, so der Schülersprecher aus dem Abiturjahrgang, auch für die eigenen Geschwister auf die Straße.

Nicht die erste Demo

Bereits im letzten Schuljahr hatte sich eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern gesagt: „Man sollte mal was machen!“ Also organisierten sie kurzerhand einen Schulstreik. Sie trafen sich in Präsenz und online, erstellten Flyer, malten Transparente, organisierten sich Lautsprecher, meldeten eine

Das Ministerium für Bildung und Schule (MSB) auf seiner Internetseite zur „Teilnahme an Schülerstreiks und Demonstrationen“:

„[...] Schülerinnen und Schüler sind gemäß § 43 Abs. 1 Schulgesetz verpflichtet, regelmäßig am Unterricht und an den sonstigen verbindlichen Schulveranstaltungen teilzunehmen. Ihre Teilnahme an einem Schülerstreik während der Unterrichtszeit ist daher unzulässig.“

Je nach Grund des Streiks kann die Dokumentation eines unentschuldigtem Fehlens auf dem Zeugnis im Rahmen der Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit als abschließende schulische Reaktion ausreichend sein. [...]

(<https://www.schulministerium.nrw/teilnahme-schuelerstreiks-und-demonstrationen>; letzter Besuch: 5.9.2022)

Auszug aus dem Schulgesetz, §41, Abs. 3-4:

„(3) Lehrerinnen und Lehrer, Schulleiterinnen und Schulleiter sind verpflichtet, Schulpflichtige, die ihre Schulpflicht nicht erfüllen, zum regelmäßigen Schulbesuch anzuhalten und auf die Eltern sowie auf die für die Berufserziehung Mitverantwortlichen einzuwirken. (4) Bleibt die pädagogische Einwirkung erfolglos, können die Schulpflichtigen auf Ersuchen der Schule oder der Schulaufsichtsbehörde von der für den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt zuständigen Ordnungsbehörde der Schule zwangsweise gemäß §§ 66 bis 75 Verwaltungsvollstreckungsgesetz NRW zugeführt werden. Das Jugendamt ist über die beabsichtigte Maßnahme zu unterrichten. § 126 bleibt unberührt.“

Demo an und riefen ihre Mitschüler zum Streik auf. 150-200 Schülerinnen und Schüler folgten dem Aufruf und zogen Richtung Rathaus. Eine beeindruckende Leistung!

Die Reaktion der Oberbürgermeisterin drückte sich in Ignoranz aus, was nicht gegen die Streikkraft sprach, sondern vielmehr gegen die OB. Die Schulleitung hingegen ignorierte den Streik nicht. Zwar erklärte sie, so ein Schüler, dass sie die Renovierung ebenfalls befürworte, legte den Schülerinnen und Schülern aber nahe, dass sie unentschuldigte Fehlstunden ansammeln und Klausurhinhalte verpassen würden. Auch der Hinweis, dass man nicht mehr über die Schule versichert sei und eventuell Ordnungskräfte eingeschaltet würden, blieb nicht ohne Wirkung, so anwesende Schülerinnen und Schüler. Die Jugendlichen und Kinder, die für ihre „Bildung und Gesundheit“ streikten, wurden unter Druck gesetzt, dies nicht mehr zu tun.

Der Druck der Verantwortlichen ist nicht gerechtfertigt

Wenn die Schulleitung die Schülerinnen und Schüler ermahnt, dann mit Blick auf das Gesetz und das Ministerium. Was sagen diese also?

Das Ministerium nimmt Bezug auf den §43 Schulgesetz NRW, der jedoch nur von der Pflicht zur regelmäßigen Teilnahme spricht. Daher bleibt das Ministerium wohl auch vage, was die Konsequenzen der Abwesenheit wegen Streik betrifft. Auf seiner Homepage schreibt es, dass je nach Grund des Streiks unentschuldigte Fehlstunden auf dem Zeugnis dokumentiert werden könnten. Bei der Entscheidung solle der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zur Anwendung kommen (vgl. Kasten 1).

Das Schulgesetz erklärt auch, was zunächst passiert, wenn es zu regelmäßiger Abwesenheit kommt. Paragraph 41 legt fest, dass bei regelmäßigem Fehlen zunächst pä-

dagogisch eingewirkt werden muss, bevor es zu Zwangsmaßnahmen kommt.

Handelt es sich nun um regelmäßiges Fehlen? Sind Streikende notorische Schulschwänzer? Sind Drohungen angemessenes pädagogisches Handeln und schon der letzte Schritt vor der Anwendung von Zwang? Ist die Dokumentation unentschuldigter Fehlstunden auf dem Zeugnis angesichts der Zustände an der Schule und des Streikgrundes der Schülerinnen und Schüler, für ihre „Gesundheit und Bildung“ auf die Straße zu gehen, verhältnismäßig?

Wie die Fragen beantwortet werden, wird auch die weitere Mobilisierung und der Druck der betroffenen Schüler, Eltern und Lehrkräfte zeigen. Aber schon jetzt steht fest, dass es die Situation in der Schule ist, die die regelmäßige Teilnahme am Unterricht verhindert. Denn eigentlich ist es ja so: Die Schülerinnen und Schüler streiken, um einem regelmäßigen Unterricht folgen zu können und nicht um ihm fernzubleiben. Die Verantwortung für diesen Unterrichtsausfall liegt auf der Seite des Schulträgers und des Ministeriums, nicht auf der der Schülerinnen und Schüler.

Was waren die Konsequenzen aus der Drohung?

Für Freitag, den 26.8., rief die Elternvertretung der Schule zu einer Demonstration auf dem Altermarkt auf. SoWi-Lehrer organisierten Unterrichtsgänge. Die Schulleitung unterstützte die Aktion. Die Zahl der Teilnehmer stieg. Auch diesmal war die Mobilisierung ein Erfolg, aber die Schülerinnen und Schüler selber waren nicht mehr in die Planung involviert – auch um sie vor den angedrohten Konsequenzen zu schützen.

Der Druck führt also in zweierlei Richtung. Einerseits unterstützen nun die Eltern ihre Kinder, der Widerstand gewinnt an Breite und die Stimmung in der Schüler-

schaft gehe sogar in Richtung eines erneuten Streiks, so ein Schüler aus der SV. Andererseits machte die Schulleitung, die die Politik des Landes und des Schulträgers umsetzt und verwaltet, Druck, der auch dazu beigetragen hat, dass die Schülerinnen und Schüler ihre Selbstorganisation nicht ausweiten konnten. Welche Richtung die Auseinandersetzung schlussendlich nimmt, werden auch die Schülerinnen und Schüler entscheiden.

Was machen die Verantwortlichen?

Noch hat sich Oberbürgermeisterin Reker den Schülerinnen und Schülern, den Eltern und dem Lehrerkollegium nicht gestellt. Während der beiden Demonstrationen ließ sich Reker nicht auf dem Rathausvorplatz blicken. Die Entscheidungen des Rates bleiben abzuwarten, auch wenn die Vergangenheit gezeigt hat, dass die Ratsmehrheit aus Grünen, CDU und Volt nicht im Sinne der Schülerinnen und Schüler der Kreuzgasse gehandelt hat. Darüber hinaus steht auch die Landesregierung in der Pflicht, die Schulträger mit den nötigen Mitteln auszustatten. Die Verantwortlichen für die miserable Lage der Kreuzgasse sind auf diesen beiden Ebenen zu suchen.

Den Schülerinnen und Schülern aber Druck zu machen, weil sie punktuell Bildungsrückstände in Kauf nehmen, um für eine langfristige Verbesserung ihrer Situation einzutreten, richtet sich in dieser Lage gegen ihr Recht auf Bildung, welches die Schülerinnen und Schüler zu Recht mit dem Mittel des Streikes verteidigt haben. Wenn die Verantwortlichen wollen, dass Kinder und Jugendliche lernen, dann müssen sie dafür auch die Bedingungen schaffen. Sie sollten aus dem Rathaus rauskommen, die Kritik annehmen und die Kreuzgasse endlich vollumfänglich renovieren. Auch die Gewerkschaft muss sich dabei an die Seite der Schülerinnen und Schüler stellen.

Steig ab, wenn das Pferd, auf dem du reitest, tot ist!

Gedanken zum Lehrkräftemangel in den MINT-Fächern // **Dr. Alexander Fladerer, Vorsitzender des GEW-Bezirks Köln**

Die im Beitrag von Maïke Finern (siehe E&W 10/2022) als Königsweg zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels beschriebenen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen als Mittel der Attraktivitätssteigerung sind alternativlos. Beim Fachkräftemangel im MINT-Bereich des Lehramtes wird das zur Lösung des Problems allerdings nicht ausreichen.

Das Lehramtsstudium in den MINT-Fächern war immer schon unbeliebt und alle Bemühungen, die Nachfrage an MINT-Lehramtsstudienplätzen zu erhöhen, sind bislang gescheitert. Die Attraktivität von Lehramtsstudiengängen in den MINT-Fächern wird auch nicht durch die absurde Idee gesteigert, dass man die fachlichen Anforderungen in den MINT-Lehramtsstudiengängen

Wenn also die Studienstruktur im MINT-Lehramt nicht zu den Interessent*innen passt und diese sich auch nach Jahrzehnten nicht passend machen lassen wollen, sollte man überdenken, die Studienstruktur oder den Zugang zum Lehramt in den MINT-Fächern grundsätzlich zu ändern. Z.B. erst die normale fachwissenschaftliche Ausbildung und dann konsekutiv die Ausbildung für das Lehramt.

In NRW hatte man z.B. in den Nullerjahren (2003 bis 2007) gute Erfolge mit der Anerkennung der naturwissenschaftlichen Diplome als Erste Staatsexamen und der anschließenden Zulassung zum regulären Referendariat (mit zusätzlichen pädagogischen Elementen) gemacht (sog. „Quereinsteiger“). Viele Kolleg*innen, die über diesen Weg in die Schulen gekommen sind, sind heute das

Wachstum für die Wirtschaft, Chancen für den Einzelnen – Gutachten für BDA, BDI, MINT Zukunft schaffen und Gesamtmetall, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln, 2017).

Somit fallen Interesse an MINT-Fächern und Interesse am Lehramt zumindest zum Zeitpunkt der Studienwahl in frisch gebakenen Abiturient*innen nur sehr selten zusammen. Das lässt sich m.E. auch grundsätzlich nur schwer bis gar nicht ändern. Aber in späteren Lebensphasen gibt es da schon eine ganz andere Offenheit bezüglich des Lehramtes bei den Neu-Akademiker*innen in den MINT-Disziplinen. Vielleicht weil sie in der akademischen Welt angekommen sind und/oder sich Richtung Lehre orientieren konnten. Man geht aber mit der Struktur der Lehramtsausbildung konsequent an diesen

Man hält stur fest am Ideal des*der Lehrer*in aus Überzeugung gleich mit der Übergabe des Abiturzeugnisses.

senkt, wie es die Chefin der Linksfraktion im Schweriner Landtag, Simone Oldenburg, zur Behebung des Lehrer*innen-Mangels in den MINT-Fächern 2019 vorgeschlagen hatte.

„Wenn du merkst, dass das Pferd, das du reitest, tot ist, steig ab!“

Junge Menschen, die sich für MINT-Fächer interessieren, interessieren sich zumeist erst einmal für die Fachwissenschaft. Das Lehramt steht da nach dem Abitur seltenst im Fokus. Das wird auch durch noch so viele Werbekampagnen nicht anders. Am Ende des Studiums oder nach der in den Naturwissenschaften häufigen Promotion sieht die Sache vielfach schon ganz anders aus. Da ist aber der reguläre Lehramtszug schon lange abgefahren!

Rückgrat des MINT-Lehrkörpers in NRW, ohne die der MINT-Unterricht in der Breite schon längst zusammengebrochen wäre.

Es gibt aber auch noch einen anderen Effekt, der die Nachfrage nach MINT-Lehramtsstudienplätzen drückt: In MINT-Fächern ist der Anteil an Studierenden aus bildungsfernen Schichten und mit Migrationshintergrund besonders hoch. Offensichtlich befördern die MINT-Fächer den Bildungsaufstieg. Bei Lehramtsstudiengängen (genauso wie bei Jura und Medizin) ist es genau umgekehrt: Dort sind die genannten Gruppen deutlich unterrepräsentiert. Es sind akademische Ausbildungen für Abkömmlinge aus etablierten Akademikerfamilien, nicht für Bildungsaufsteiger*innen (vgl. C. ANGER, O. KOPPEL, A. PLÜNNECKE, MINT-Frühjahrsreport 2017 – MINT-Bildung:

Chancen der Rekrutierung Spätberufener vorbei.

Geklagt wird viel, aber strukturell wird nichts geändert. Man hält stur fest am Ideal des*der Lehrer*in aus Überzeugung gleich mit der Übergabe des Abiturzeugnisses.

Diese Verslossenheit gegenüber vielfältigen Bildungsbiografien und unterschiedlichen Ausbildungswegen gibt es nur in wenigen anderen Branchen. Es wird Zeit, dass sich das ändert. Vielfalt/Diversity muss auch eine (An-)Forderung an und für den Lehrkörper selbst sein! Und sie sollte von der GEW nicht nur in Sonntagsreden erhoben, sondern in Form konkreter Vorschläge, z.B. für den Zugang zum Lehramt in den MINT-Fächern, vorangebracht werden.

GEW Köln unterstützt Aktionswoche des EL-DE-Haus

Unter dem Motto „verbrannt & verbrannt“ ruft der Verein EL-DE-Haus Institutionen, Vereine, Schulen, Buchhandlungen, Geschichtswerkstätten u.v.m. auf, im Rahmen einer Aktionswoche vom 10. – 17. Mai 2023 aktiv zu werden. // **Angelika Link-Wilden, Mitglied der GEW Köln und des Förderverein EL-DE-Haus e.V.**



Das EL-DE-Haus am Appellhofplatz, dessen Name auf die Initialen seines Bauherrn, Leopold Dahmen, zurückzuführen sind, war von 1935 bis -45 Sitz der Kölner Gestapo.

Sein Name wurde zum Inbegriff der NS-Schreckensherrschaft in Köln, aber auch für den Umgang und die spätere Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte der Stadt nach 1945. 1979 hat der Rat der Stadt Köln beschlossen, aus dem EL-DE-Haus eine Erinnerungsstätte zu machen, aber dann pasierte lange Jahre nichts. 1985 gründeten einige Aktivist*innen den Förderverein EL-DE-Haus, um den Gründungsprozess aktiv zu unterstützen.

Inzwischen ist das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (NS-DOK) ein international geachtetes Museum und hat in Köln von allen Museen die höchste Anzahl an Besucher*innen.

Der Förderverein EL-DE-Haus e.V.

Dieser Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, das NS-DOK aktiv zu unterstützen und eigene Projekte zur Aufarbeitung und Erinnerung der NS-Zeit in Köln zu entwickeln. Verbunden wird dies stets mit der Botschaft gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus.

Der Verein arbeitet vernetzt mit Schulen, Geschichtswerkstätten sowie mit antifaschistisch engagierten Menschen, Initiativen und Vereinen zusammen. Man ist Mitglied im Bündnis „Köln stellt sich quer“.

Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit hat immer auch die Gegenwart und die Zukunft im Fokus. Der Förderverein beschäftigt sich auch mit der Weiterentwicklung der Erinnerungs- und Gedenk-

kultur und nimmt im nächsten Jahr das Gedenken an die Bücherverbrennung vor 90 Jahren zum Anlass eine Aktionswoche durchzuführen. Der Verein freut sich über Neumitglieder!

Am 17. Mai 1933 fand in der Claudiusstraße 1, vor der damaligen „alten Universität“, die „Kölner Bücherverbrennung“ statt.

Die Aktion, die sich wenige Monate nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialist*innen in nahezu allen Universitätsstädten vollzog, markiert den Beginn der Unterdrückung von Kunst und Publizistik, der systematischen Verfolgung jüdischer, marxistischer, pazifistischer und anderer oppositioneller oder politisch unliebsamer Autorinnen und Autoren sowie anderer Kulturschaffender.

Was soll geschehen in unserer Aktionswoche:

Es soll dezentral gelesen werden aus verbrannten oder heute verbrannten Büchern. Die Lesungen sollen dort stattfinden, wo Kinder, Jugendliche, Erwachsene sind: In Schulen, Jugendzentren, Jugendtreffpunkten, Bürgerzentren, aber auch in Institutionen wie der Zentralbibliothek Köln, Volkshochschule, Kölner Universität usw.

Wir sprechen auch Buchhandlungen überall in der Stadt an, um sie zu gewinnen als Orte der Lesung / Ausstellung verbrannter & verbannter Bücher.

Unser Aufruf ist außerordentlich erfolgreich: Bisher (Stand 7.12.22) haben dreißig unterschiedliche Institutionen erklärt, als Kooperationspartner*innen zur Verfügung zu stehen – die GEW Köln ist auch dabei. Auf ihrer Mitgliederversammlung am 30.11.2022 wurde einstimmig die Unterstützung der Aktionswoche beschlossen.

Was soll gelesen/vorgelesen werden:

- Bücher von Autor*innen deren Werke im Nationalsozialismus verbrannt oder nicht mehr publiziert werden durften,
- Bücher von Autor*innen, die über ihre Flucht und Verfolgung im NS geschrieben haben,
- Bücher über diese Autor*innen und die Bücherverbrennung,
- Kinderbücher dieser Autor*innen und Werke für Kinder & Jugendliche über die NS-Zeit,
- Bücher über oder von Menschen, die im NS verfolgt wurden oder Widerstand leisteten - gern mit Köln-Bezug,
- Bücher von Autor*innen, die aktuell in anderen Staaten verfolgt werden oder in ihren Heimatländern nicht publizieren dürfen.

Was bieten wir:

- Eine eigene Homepage (<http://verbranntundverbannt.info/>), auf der alle Informationen zur Aktionswoche angezeigt werden: beteiligte Buchhandlungen, beteiligte Institutionen, Vereine und Schulen etc.
- Alle Termine wie Lesungen und sonstige Veranstaltungen im Rahmen der Aktionswoche werden in einem speziellen Veranstaltungskalender aufgelistet.
- Wir werden ein Logo/Signet für diese Aktionswoche zur Verfügung stellen, mit dem die teilnehmenden Buchhandlungen und sonstigen Institutionen werben.
- Wir werden Anregungen für mögliche Literatur und/oder Autor*innen zur Verfügung stellen
- Für die Kölner Schulen haben wir auch einen Flyer entwickelt: http://verbranntundverbannt.info/wpcontent/uploads/2022/11/Flyer_Schulen.pdf

Nahverkehr geht auch kostenlos oder: Was man über einen Tarifvertrag so alles erreichen kann ...

Nach etlichen Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und Verkehrsverbänden kam endlich eine Nachfolgeregelung für das 9-Euro-Ticket zu Stande. In Hessen geht man schon länger einen ganz anderen Weg. // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**



Während die Bundesregierung und die Länder monatelang (und ohne jede Beteiligung von Arbeitnehmervertreter*innen!) um eine Nachfolge für das 9-Euro-Ticket stritten, gilt im Bundesland Hessen schon seit 2018 freie Fahrt zwischen Kassel und Frankfurt, Marburg und Offenbach. Der Weg, über den dies erreicht wurde, heißt TV-H.

LandesTicket als Bestandteil des Tarifvertrags

2009 stieg Hessen aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) aus und führte an Stelle des TV-L den landeseigenen TV-H ein. Dieser umfasst nicht nur eine Kinderzulage, die aus dem Vorgänger-Werk, dem Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) übernommen wurde, sondern seit nunmehr fünf Jahren auch das „LandesTicket Hessen“.

Auf der Homepage des Innenministeriums heißt es dazu: „Das Ticket ist bundesweit einmalig und ein sichtbarer Beleg dafür, dass das Land die richtigen Weichen für den Wettbewerb um die besten Köpfe gestellt hat. Hessen ist ein moderner, zuverlässiger und familienfreundlicher Arbeitgeber. Das LandesTicket macht den Job beim Land jetzt noch attraktiver und das im Einklang mit der Umwelt. Die Landesregierung hat diese Entscheidung bewusst zum Wohle der Frauen und Männer getroffen, die tagtäglich für Hessen mit Leidenschaft und Engagement unterwegs sind“.

Vorbild auch für NRW!?

Die Kosten, die für den Transfer vom Wohnort zum Arbeitsort und zurück anfallen, belasten die Haushaltskassen der Kolleginnen und Kollegen in erheblichem Maße. Da sorgt auch der Hinweis auf die Kilometerpauschale kaum für spürbare Entlastung. Gerade erst hat die Mitgliederversammlung der Kölner GEW beschlossen, die Arbeitgeberseite angesichts ständig steigender Preise zu Nachverhandlungen zum TV-L aufzufordern.

Offiziell kündbar ist der Tarifvertrag der Länder (TV-L), der für die Beschäftigten von 15 Bundesländern gilt, zum 30. September 2023. Wäre es da nicht eine gute Idee, in den Forderungskatalog auch das kostenlose Nahverkehrsticket mit aufzunehmen?

2018 konnten die knapp 45.000 Beschäftigten zusammen mit ihrer GEW, ver.di und anderen in der Tarifrunde zum „Tarifvertrag

Der TV-H umfasst nicht nur eine Kinderzulage, die aus dem Vorgänger-Werk, dem Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) übernommen wurde, sondern auch das „LandesTicket Hessen“, das auf sämtliche Landesbeschäftigten übertragen worden ist.

für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen“ (TV-H) durchsetzen, dass „die Tarifbeschäftigten und Auszubildenden des Landes Hessen [...] aufgrund einer bundesweit einmaligen tarifvertraglichen Regelung die Leistungen des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs im gesamten Bereich des Landes Hessen nutzen, unabhängig von der Strecke Wohnort-Dienstort und einschließlich diverser Mitnahmemöglichkeiten für Angehörige.“ (ebd.).

Mittlerweile ist diese Regelung auf sämtliche Landesbeschäftigten – auch auf die Beamt*innen – übertragen worden. Warum kann das nicht überall und für alle gelten? Übrigens: Die Entfernungspauschale bleibt davon unberührt, und es muss auch kein „geldwerter Vorteil“ versteuert werden, weil das Land Hessen die Steuern unmittelbar an die Finanzverwaltung abführt, sofern sie überhaupt entstehen.

Verkehrswende statt Preissteigerung!

Jetzt ist es da, das Nachfolgeticket für das 9-Euro-Ticket. Doch was ist davon zu halten? // **Angela Bankert, Mitglied der GEW Köln, des „Bündnis Verkehrswende“ und Mitinitiatorin der bundesweiten Initiative „9-Euro-Ticket-weiterfahren!“**



Ein 49-Euro-Angebot zielt auf halbwegs durchschnittlich Verdienende, auf gut situierte Senior*innen, die als dauerhafte ÖPNV-Kundschaft gewinnbar sind. Im Vergleich zu sagenhaften 92,90 Euro für das Senienticket im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr oder 109 Euro für das Monatsticket nur im Stadtgebiet Köln, selbst im Vergleich zu vielen Jobtickets, ist ein solches Angebot günstiger. In dieser Hinsicht ist ein Etappenerfolg erzielt worden.

Ein weiteres verkehrspolitisches Ziel, nämlich Gelegenheitsfahrende in den ÖPNV zu locken, wird damit jedoch kaum erreicht. Nachweislich weniger Staus und weniger Autoverkehr in den Städten waren gerade auch auf diese Nutzer*innengruppe zurückzuführen.

Denn wer überlegt, ob man gelegentlich innerstädtisch mit Bus und Bahn fährt, ob man einen regionalen Familienausflug mit der Bahn statt mit dem Auto unternimmt, ob man zweimal die Woche mit dem ÖPNV statt mit teurem Benzin ins Büro fährt – für all diese rechnet sich ein 49-Euro-Ticket nicht unbedingt. Die monatliche Kündigungsmöglichkeit kommt diese Gruppe zwar etwas entgegen. Mitfahrgelegenheiten oder eine Übertragbarkeit des digital personalisierten Tickets wird es allem Vernehmen nach aber nicht geben. Die Verkehrsverbände wollen ihre sonstigen Tarifangebote (und damit den Tarif-Dschungel) aufrecht erhalten.

Damit ist auch die Chance vertan, diese Menschen mit einem dauerhaft preiswerten

Ticket ins Grübeln zu bringen, ob ein eigenes Auto wirklich nötig ist oder ob Car-Sharing nicht doch reicht. Wirklich nachhaltig für den ÖPNV werden damit die wenigsten gewonnen.

Einkommensarme abgehängt

Völlig auf der Strecke bleiben Menschen ohne oder mit geringem Einkommen. Hartz IV-Beziehende werden glatt abgehängt, sie sind nun wieder auf das lokal begrenzte Sozialticket zurückgeworfen. Viele werden sich in Anbetracht steigender Inflation auch dies nicht leisten können, denn Sozialtickets kosten zwischen 30 und 40 Euro.

Anscheinend besteht die Absicht darin, dass die Einkommensarmen nicht länger die Regionalzüge „verstopfen“, dass der große Andrang und Druck auf den raschen Ausbau des ÖPNV verringert werden soll.

Aktive in der Kampagne für eine echte Verkehrswende sollten ihre Arbeit daher fortsetzen und bei den Sozialprotesten mit einbringen, zu denen es im Herbst schon in vielen Städten und Regionen gekommen ist. Das Ziel sollte darin bestehen, das 9-Euro-Ticket zumindest für Einkommensarme, Studierende, Azubis und Schüler*innen weiterlaufen zu lassen. Dazu sind höhere Subventionen für die Sozialtickets vom Land erforderlich. Auch NRW gibt bisher nur geringe Mittel dafür frei. Hier ist der Verkehrsminister von den GRÜNEN gefordert.

Gesellschaftlicher Druck aus-schlaggebend

Festzuhalten ist: Nicht geschicktes Verhandeln der Regierungsrünen oder Überzeugungsarbeit bei Herrn Lindner, sondern der massive gesellschaftliche Druck aus allen möglichen Richtungen hat dafür gesorgt, dass diese versehentliche 9-Euro-Vergünstigung der Ampel nicht sang- und klanglos untergeht, sondern immerhin ein Teilerfolg erzielt werden konnte.

Festzuhalten ist aber auch, dass leider nicht wenige Akteur*innen (von Greenpeace und VCD bis BUND und leider auch der Linksfraktion) von vornherein alle möglichen Preismodelle ins Spiel gebracht haben: von „1 Euro pro Tag“ über 29-Euro-, 39-Euro-, 49-Euro-, bis hin zum 69-Euro-Ticket. Da verwundert es wenig, wenn sich die Ampel-Koalition nun eines der für die Menschen teuersten Modelle herausgesucht hat.

Schlussfolgerungen für künftiges Vorgehen

Hätten alle Organisationen mit einer Stimme für das 9-Euro-Ticket gestritten, die über den Sommer eine jeweils eigene ÖPNV-Kampagne begonnen hätten, und hätten auch die 50 Prominenten von Anke Engelke bis Eckart von Hirschhausen ihre breit angelegte Medienkampagne früher begonnen, dann hätte man mehr erreicht. So wurde von ihnen erst im September ein Offener Brief für das 9-Euro-Modell platziert. Natürlich ist das alles vage und spekulativ. Aber

für künftige Kampagnen sollte man sich vielleicht einmal vornehmen, Möglichkeitsfenster zu erkennen, wenn kollektiv und massenhaft Erfahrungen gemacht werden. Daran muss dann auch angeknüpft und nicht mit der Schere im Kopf von vornherein an vermeintlich „realistische“ Kompromisse gedacht werden. Vor einem Jahr wäre selbst ein bundesweites 69-Euro-Ticket von den meisten dieser Akteur*innen als unrealistische Forderung gebrandmarkt worden.

Realistisch ist, was durch gesellschaftlichen Druck erkämpft werden kann. Und wie viel das ist, hängt davon ab, wie viel politischer Druck organisiert und mobilisiert wird bzw. werden kann.

In diesem Zusammenhang haben auch die Gewerkschaften leider keine besonders ruhmreiche Rolle gespielt und das Entlastungspotenzial für die Arbeitnehmer*innen überhaupt nicht erkannt. Eine gewerkschaftliche Kampagne – besonders der im Verkehrswesen zuständigen – Gewerkschaften und sogar vom DGB hätte nochmal deutlich mehr erreichen können. Stattdessen haben sich die Vorstandsebenen von EVG (Mitglied im DGB) und GdL (Mitglied im dbb) sogar gegen das 9-Euro-Ticket ausgesprochen. Der DGB hat alternativ auf die Pendlerpauschale fokussiert.

Ja, es stimmt, dass die Fahrgastzahlen durch das 9-Euro-Ticket im Sommer zur Belastung für die Beschäftigten geworden sind. Das lag natürlich auch daran, dass das Ticket zeitlich begrenzt war. Ein dauerhaft geltendes Ticket wird solche Freizeit- und Reiseverkehre natürlich entzerren. Was aber nicht

erkannt wurde ist, dass die massenhafte Nutzung der Regionalbahnen den Druck auf den dringend notwendigen Ausbau von Bus- und Bahnnetz erhöht und aufrecht erhält. Was bis heute nicht funktioniert hat, ist der von Vernunft geleitete umgekehrte Weg. Anstatt erst auszubauen und danach die Preise zu senken, ist seit Jahrzehnten abgebaut und immer mehr verteuert worden.

Deshalb sollten wir uns auch für mehr Finanzmittel zum Ausbau von Bus und Bahn sowie für mehr Personal bei guten Arbeitsbedingungen einsetzen. Das würde bedeuten, dass der Autobahnausbau sofort zu stoppen ist und klimaschädliche Subventionen zugunsten des öffentlichen Verkehrs umgeschichtet werden. In Köln soll stattdessen die A4 noch weiter ausgebaut und mit der „Rheinspange“ im Kölner Süden eine neue Autobahn errichtet werden.

Bei der Anfang 2023 anstehenden Tarifrunde Nahverkehr (die zeitgleich mit der TVÖD-Runde läuft) sind wir aufgerufen, den Kampf um eine deutliche Aufwertung der Fahrdienstberufe zu unterstützen. Denn eins hat die Diskussion auch gebracht: Es ist viel mehr Menschen (und anscheinend auch Redaktionen) klar geworden, wie sehr das Auto subventioniert und der ÖPNV unterfinanziert wird.

An den Erkenntnisgewinn des 9-Euro-Sommers kann also angeknüpft werden.

Erhaltet das Krankenhaus Holweide!

Anwohner*innen, Beschäftigte und Gewerkschafter*innen mobilisieren sich. // **Henning Frey, Mitglied der GEW Köln und aktiv im Kampf um den Erhalt des Holweider Krankenhauses**

Seit über einem Jahr mobilisieren sich Anwohner*innen aus dem Stadtbezirk Mülheim, Beschäftigte des Krankenhauses Holweide und anderer Kölner Krankenhäuser, Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen von ver.di und auch der GEW (!) für den Erhalt des Krankenhauses Holweide.

Tausende von Unterschriften wurden an Ständen und online gesammelt. Drei Demonstrationen haben im Stadtteil stattgefunden, mehrere Delegationen mit breiter Beteiligung besuchten den Rat.

Im November 2019 wurde unter OB Reker und dem SPD-Aufsichtsratsvorsitzenden Paetzold der von letzterem selbst so bezeichnete „Zwei plus Eins“-Beschluss gefasst. Um das Ziel einer Kürzung der Ausgaben der Kliniken Köln in der Größenordnung von 40 Millionen pro Jahr zu erreichen, sollen ihm zufolge von den bisherigen drei Krankenhäusern in städtischer Trägerschaft nur noch zwei erhalten bleiben: das Krankenhaus Merheim und die Kinderklinik in Riehl. Das Krankenhaus Holweide soll geschlossen und abgerissen werden. An seine Stelle soll ein „Kompetenzzentrum“ treten. Das Krankenhaus Merheim wird weitreichend „umstrukturiert“. Insgesamt ist das Ziel, bei dieser „Operation“ 223 Planbetten zu streichen, fast 20 Prozent dieser Betten sind in städtischer Trägerschaft. Im Dezember 2019 wurde der Beschluss des Aufsichtsrats vom Rat der Stadt Köln gebilligt.

Alarm schlagen

Überall, wo dieser Schließungsbeschluss bekannt wurde, stieß er auf Fassungslosigkeit. Am 21. Juni 2021 fand dann die erste von vielen weiteren Versammlungen für den Erhalt des Krankenhauses im Stadtteil Holweide statt. Bei dieser Gelegenheit sagte eine Anwohnerin:

„Wir haben hier keine Stimme, keine Lobby! Die Politiker haben bisher Glück gehabt, aber jetzt lassen wir uns nicht mehr so leicht einschüchtern! Ich habe eine 92-jährige Freundin, die lag von morgens 8 bis nachmittags um 4 in der Notaufnahme, niemand hat sich um sie gekümmert, aber die

Vorstände, die streichen dicke Gelder ein! Wir müssen hier jetzt lärmend durch die Straßen ziehen!“.

Das war der Ausgangspunkt für die breite Mobilisierung, die mittlerweile zu Tausenden von Unterschriften unter dem Offenen Brief an OB Reker und den Rat der Stadt Köln geführt und die sich als ein Schutzwall für den Erhalt des Krankenhauses erwiesen hat.

Statt „Sicherung der Versorgung für 10 Jahre“ werden Stationen geschlossen, das Personal immer unerträglicher belastet

Am 29.09.22 berichtete der „Kölner Stadtanzeiger“ über ein Gespräch mit dem Geschäftsführer der Kliniken der Stadt Köln, Axel Goßmann. Er erklärte dort, dass „es für die Ausarbeitung des Beschlusses, den Standort Holweide zu verändern, (...) noch keine Grundlage“ gebe. Noch mindestens zehn Jahre würde das Krankenhaus weiter bestehen bleiben. Die Initiative für den Erhalt des Krankenhauses schreibt dazu:

„Was im ersten Augenblick wie ein Zugeständnis aussehen soll, ist in Wirklichkeit die weitere Umsetzung des 2+1-Beschlusses des Rats der Stadt Köln vom Dezember 2019 (...).

Wenn die Geschäftsleitung beschwichtigend sagt, dass das Krankenhaus als sehr wichtiger Regelversorger in seiner aktuellen Form noch 10 Jahre bestehen bleibt,

steht das im krassen Gegensatz zu dem Abbau, den Patienten und Beschäftigte in Holweide erleben:

- Möglichst viele Patienten sollen mit wenigen Pflegekräften versorgt werden. Dazu werden Pflegekräfte „interdisziplinär“ eingesetzt, das heißt Personal wird unabhängig von seinem Fachgebiet quer über alle Stationsgrenzen nach „Bedarf“ versetzt (in mehreren Fällen haben deshalb Kinderkrankenschwestern gekündigt).
- Teams werden auseinandergerissen (...)
- Aber nicht nur Pflegekräfte, auch notwendige Ärzte, Therapeuten oder Servicekräfte fehlen.
- Patienten werden auf fachgebiet fremden Stationen „mitbehandelt“, beispielsweise ein Patient mit einer urologischen Erkrankung auf einer gynäkologischen Station - mit dem Argument, dass dies noch besser sei, als gar nicht aufzunehmen.
- Die Konzentration von Betten und medizinischen Leistungen, die unter dem vorherigen Geschäftsführer Baumann „Zentrenbildung“ genannt wurde, hat bereits dazu geführt, dass die Innere Station A6 und die Unfallchirurgie von Holweide nach Merheim verlagert wurden (...)

Wenn das die angeblich gesicherte Zukunft des Krankenhauses Holweide für die nächsten zehn Jahre sein soll, dann können



Anwohner, Patienten und Beschäftigte nur entsetzt sein! (...).

Immer größer wird der Unmut der Bürger*innen, Beschäftigten und der mehr als 12.171 Unterzeichner*innen des Offenen Briefs darüber, dass Oberbürgermeisterin Reker und die Spitzen des Ratsbündnisses aus CDU und GRÜNEN, aber auch die der SPD-Fraktion, anscheinend glauben, den Protest gegen die Schließung und die Forderung nach dem Erhalt des Krankenhauses aussitzen zu können!

Mittlerweile bricht auf, dass das, was für Holweide die Schließung bedeutet, zu einem massiven Bettenabbau und zu einer Verschlechterung der Versorgung in den anderen Krankenhäusern in Trägerschaft

der Stadt Köln führt. Die Kinderklinik Amsterdamer Straße musste jetzt Kinder wegen Bettenmangels abweisen.

Die erneute Demonstration am 26.11. in Holweide hat deshalb die folgenden Forderungen ins Zentrum gestellt:

- Holweide muss als einziges Krankenhaus der Vollversorgung für den Stadtbezirk erhalten bleiben!
- Wiedereröffnung geschlossener Stationen oder stillgelegter Betten in Holweide, Merheim und der Amsterdamer Straße!
- Einstellung von mehr Personal! Bessere Arbeitsbedingungen, damit man wieder auf Vollzeit gehen kann!
- Durchführung aller notwendigen Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen!

- Wiedereröffnung der Unfallchirurgie!
- Rücknahme der Schließungsbeschlusses für das Krankenhaus Holweide!
- Auch wir als Lehrkräfte können diesen Widerstand gegen die Schließung des Krankenhauses Holweide und die Bedrohung der qualifizierten Krankenhausversorgung für ganz Köln, die damit einhergeht, nur unterstützen.

Bei Fragen oder Bedarf an weiteren Informationen: henning.m.frey@web.de

Immer größer wird der Unmut der Bürger*innen, Beschäftigten und der mehr als 12.171 Unterzeichner*innen des Offenen Briefs.

Über die unrühmliche Seite der UNO und den unfassbaren Umgang mit Whistleblower*innen

Geht es um die Beilegung bewaffneter Konflikte oder den Kampf gegen den Hunger in der Welt, so stellen die Vereinten Nationen für viele so etwas wie die letzte Hoffnung dar. Doch auch diese Institution hat ihre Schattenseiten, was nicht zur Desillusionierung beitragen, sondern Anregung zum Denken und vielleicht sogar zum Handeln sein sollte. // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

Am Donnerstag, dem 13. Oktober, sendete das ZDF eine Dokumentation, die für viele kaum erschütternder sein könnte. Dass die USA rund um den Globus Menschen verfolgen, um ihrer habhaft zu werden, nur weil sie mit pazifistischen und investigativen Absichten sogenannte Staatsgeheimnisse verraten haben, ist mittlerweile bekannt (zum Fall Julian Assange und anderen weiter unten). Dass aber die Vereinten Nationen, die für viele die letzte Hoffnung darstellen, wenn es um die Beilegung bewaffneter Konflikte oder den Kampf gegen den Hunger geht, ebenfalls eine Schattenseite haben, sollte nachdenklich stimmen.

Die ZDF-Doku beginnt mit dem Einspieler: „Dies ist die Geschichte von Whistleblowern, die Missbrauch und Fehlverhalten innerhalb der Vereinten Nationen meldeten. Ihre Beweise deuten auf eine Kultur der Unantastbarkeit hin, die bis in die höchsten Ebenen der Organisation reicht. [...] Sie hoffen, dass ihr Zeugnis zu Veränderungen innerhalb der Vereinten Nationen führt.“

Gleich im Anschluss folgen O-Töne von Menschen, die ihre Karriere und sogar persönliche Unversehrtheit aufs Spiel gesetzt haben, weil sie aus dem Innern der UNO berichteten.

UNO als Helfershelfer bei Folter und Mord

Emma Reilly, die bis 2021 als Menschenrechtsbeauftragte des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte tätig war, begründet, zehn Jahre zuvor ihre Arbeit bei der UNO begonnen zu haben, damit, sich nach ihrer Kindheitserfahrung im Nordirland-Konflikt, den Bombendetonationen im Ohr und den Bildern von Toten auf der Straße im Gedächtnis für „etwas Besseres einsetzen“ zu wollen. Für sie war es daher eigentlich „ein Traum, Teil der UN zu sein“.

Im Januar 2013 wurde dann eine Nachricht der chinesischen Delegation des UN-Menschenrechtsrats an sie weitergeleitet, in der man sie aufforderte, eine Liste mit Namen von uigurischen Aktivist*innen zu bestätigen, die an einer der nächsten Sitzungen dieses UN-Gremiums teilnehmen würden. Weil sie sich – entgegen der Anweisung ihrer Vorgesetzten, der damaligen Hochkommissarin persönlich – weigerte, Namen von Personen preiszugeben, erhielt sie ungebetenen Besuch.

Zwei schweizerische Polizeibeamte drangen in dem Moment in ihre Wohnung, in dem sie, gerade an einer Online-Sitzung des Menschenrechtsrats zur Lage in China teilnehmend, kurz davor stand,



„Whistleblower“ – von: „to blow the whistle“ (wörtl.: die Pfeife trällern; sinngem.: über jmdn. auspacken / jmdn. auffliegen lassen).

Auswahl bekannterer Fälle von Whistleblowertum:

- 1782: Der schweizerische Politiker und Förderer der Reformpädagogik von Pestalozzi, Johann Melchior Kubli, liefert dem Journalisten Heinrich Ludwig Lehmann brisante Akten zum „Hexenprozess“ gegen Anna Göldi, die als letzte „legal hingerichtete Hexe“ Europas gilt. Wäre Kubli als Informant enttarnt worden, hätte ihm die Todesstrafe gedroht. 2007 (!) wurde Göldi rehabilitiert.
- 1929: Der Widerstandskämpfer, Pazifist und spätere Friedensnobelpreisträger Carl v. Ossietzky veröffentlicht in „Die Weltbühne“ einen Artikel über die verbotene Aufrüstung der Reichswehr. 1938 stirbt er an den Folgen von Folter und Misshandlung durch die Nazis im KZ Esterwegen (bekannt durch das Freiheitslied „Die Moorsoldaten“ von Häftlingen der „Emslandlager“).
- 1934: Herbert v. Bose, Pressesprecher des Vizekanzlers von Hitler, wird in der „Nacht der langen Messer“ erschossen, weil er Monate zuvor Informationen über die Gräueltaten der Nazis an den brit. Journalisten Cockburn zur Veröffentlichung in „The Week“ und anderen ausländischen Medien weitergegeben hat.
- 1972/-73: William M. Felt liefert der „Washington Post“ als Informant mit dem Decknamen Deep Throat die Informationen, die schließlich zum Rücktritt Präsident Nixons führen (Watergate Affäre).
- 1975: Als Angestellter der TU Braunschweig deckt Hans-Helge Jürgens den maroden Zustand des Atom-Versuchsendlagers Asse auf.
- 2007: Der Lastwagenfahrer Miroslaw Strecker trägt maßgeblich zur Aufdeckung eines Fleischskandals bei, bei dem 150 Tonnen Fleischabfälle umetikettiert und an Berliner Dönerhersteller weiterverkauft wurden. Der verantwortliche Betrieb wurde geschlossen, sein Geschäftsführer vier Jahre später (!) zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Strecker wurde von seinem Arbeitgeber erst schikaniert, zur einseitigen Kündigung aufgefordert und 2011 dann „betriebsbedingt“ entlassen. „Vielleicht hat die Firma Druck bekommen, dass man mich nicht mehr auf dem LKW sehen will.“, sagte er damals gegenüber der SZ.
- 2010: Veröffentlichung von Militärprotokollen, die u.a. Kriegsverbrechen der USA in Afghanistan und dem Irak belegten, durch WikiLeaks, SZ, „Spiegel“, „The Guardian“ und „New York Times“. WikiLeaks-Gründer Julian Assange befindet sich seit 2019 im brit. Hochsicherheitsgefängnis HM Prison Belmarsh und wartet auf die Entscheidung über seine Auslieferung an die USA, wo ihm aufgrund von 17 Anklagepunkten 175 Haft drohen.

das Wort erteilt zu bekommen. Sie wollte sowohl das Vorgehen der chin. Delegation als auch die Anordnung ihrer Vorgesetzten zum Thema machen. Stattdessen sollte sie im Namen der UN in eine Psychiatrie zwangseinweisen werden, sie sei suizidgefährdet. Die Beamten ließen erst von ihr ab, als die Sitzung des Menschenrechtsrats beendet war, ohne dass ihr Beitrag Gehör gefunden hätte.

Die Weitergabe der Namen, gegen die sie sich aus ethischen Gründen zur Wehr gesetzt hatte, erfolgte dann auf Geheiß ihrer Vorgesetzten bei der UNO und führte in der Folge zum Verschwinden von Familienmitgliedern der Genannten in China.

„Kultur der Angst“ bei der UNO

John O'Brien spricht in dem Film von Ben Steele davon, dass nicht die Korruption das Problem der UN sei, sondern die Tatsache, dass selbige mit enormem Aufwand zu vertuschen versucht wird. Er habe von Beginn an „Zahlungen ohne Berichte und Berichte, die keinen Sinn machten“ erlebt. Niemand habe etwas gegen Vorfälle unternommen wie den eines 23jährigen Studenten, der „mit der Leitung eines Projekts im Wert von 5,4 Millionen Dollar beauftragt“ worden war. Auch im Falle eines anderen Projekts, bei dem es „Verträge mit Freunden und Familienmitgliedern – darunter mit der Mutter, der Tochter und dem Sohn“ gab, lautete die Reaktion auf seinen Protest, er „solle den Mund halten“ und: „Wir melden das nicht“.

O'Brien war von 2009 bis 2022 als techn. Berater zum Thema Klimawandel beim UNDP tätig, dem „Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen“. Er sagt: „Sie wollen Whistleblower diskreditieren. Es ist eine Kultur der Angst.“

Ab einem gewissen Zeitpunkt „erschieden die Probleme so schwerwiegend, dass ich [O'Brien] den Haushalt so lange nicht genehmigen wollte, bis diese behoben wären.“. Durchgewunken wurde der Haushalt dann, als er sich im Urlaub befand.

Dann tauchten fingierte Fotos auf, die angeblich O'Brien dabei zeigten, wie er während einer Sitzung in Paris Bilder von nackten Frauen auf seinem Handy ansehen würde. Das wird von O'Brien als „böswillige Berichterstattung“ gegen ihn bezeichnet und zog jahrelange Ermittlungen gegen seine Person nach sich. O-Ton: „Sie stecken mehr Energie, Zeit und Ressourcen in die Ermittlung gegen Whistleblower als in die Untersuchung der Korruptionsvorwürfe.“

„Im Schattenreich der UN - Whistleblower klagen an“

Film von Ben Steele
Dauer: 44 min
Erstausstrahlung: 12.10.2022
produziert von ZDF und bbc
Video bis 12.10.2023 verfügbar:



<https://www.zdf.de/dokumentation/dokumentation-sonstige/im-schattenreich-der-un-100.html>

Auf die Frage, wie sich all dies auf sein Leben ausgewirkt hat, antwortet der Techniker: „Yeah, it's tough! Cause it just goes on and on and on.“ („Ja, es ist hart! Denn es geht einfach immer weiter und weiter.“). Am schlimmsten war für ihn aber, dass seine „Freundin schwer krank im Krankenhaus lag und die sie befragen wollten. Das war ungeheuerlich. Sie hatte eine lebensbedrohliche Krankheit und diese Clowns wollten sie vernehmen. Es ist absolut empörend, dass sie versuchen, eine todkranke Person zu verhören, absolut inakzeptabel. Ja, sie ist gestorben. Ich möchte nicht darüber reden.“

Unfassbar traurig macht O'Brien, dass angesichts von „700 Mio. Menschen auf der Welt, die keinen Zugang zu Energie haben, die mit weniger als zwei Dollar pro Tag in extremer Armut leben, all dieses Geld, das den Menschen helfen soll, den Klimawandel abzumildern und sich anzupassen, zum großen Teil einfach abgeschöpft wird.“

Das UNDP bestreitet freilich die Darstellungen von O'Brien über deren Machenschaften in Russland. Fünf Tage, nachdem die UNO von John O'Briens Teilnahme am Film von Ben Steele erfahren hatte, wurde er entlassen. Zwei Wochen nach den Dreharbeiten wurde auch Emma Reilly entlassen.

Die UNO als „sicherer Ort für Beutejäger“

„Die gute Arbeit, die Organisation mit hohem Ansehen – ein fantastischer Deckmantel für Missbrauch. Du bist außerhalb jedes Verdachts. Alle denken, du wärst ein guter Mensch und niemand kommt auf die Idee, dass du diese schlimmen Dinge tust.“. Mit diesen Worten beginnt der Abschnitt über sexuellen Missbrauch innerhalb der UN-Strukturen. Sie stammen von Purna Sen, UNO-Sonderbeauftragte und Sprecherin zu sexueller Belästigung von 2018 bis 2020.

Ihrer Aussage nach würden alte Männer nach Betriebsfeiern in der sogenannten Delegierten-Lounge, dem als „meat market“ (dt.: Fleischmarkt) bekannten lichtdurchfluteten Ort im 2. Stock des UNO-Gebäudes in New York, vornehmlich Praktikantinnen und neuen Mitarbeiterinnen nachstellen, ihre Lage ausnutzen und ihnen Versprechungen machen.

Martina Brostrom, die von 2016 bis 2019 leitende Beraterin bei der Unter-Organisation UNAIDS war und insgesamt 14 Jahre lang im Dienst der Vereinten Nationen stand, bestätigt: „Sexueller Missbrauch, Ausbeutung, Belästigung – das geschieht im UN-Hauptquartier, von Montag bis Freitag während der regulären Arbeitszeiten, überall“. Weiter sagt sie, dass weibliche Angestellte ganz offen von einem der ranghöchsten Beamten der Vereinten Nationen belästigt worden sind. Rückblickend auf die Zeit nach ihrer Bekanntmachung dieser Machenschaften berichtet sie: „Es gab Vergeltungsmaßnahmen. Ich bin fast daran zerbrochen.“. 2019 wurde Brostrom wegen „angeblich erfundener Anschuldigungen“ gefeuert. Stattdessen wurde ihr Fehlverhalten vorgeworfen, und aktuell läuft ein von ihr angestrebtes Beschwerdeverfahren innerhalb des UN-Systems.

Purna Sen äußert in Steeles Dokumentation über die dunkle Seite der UNO, dass man von einem Drittel der UN-Beschäftigten weiß, die während ihrer Arbeit sexuell belästigt wurden. Die meisten Fälle würden ihres Erachtens aber gar nicht gemeldet. Dennoch lautet ihr Fazit: „Wir werden dafür sorgen, dass sich etwas ändert. Die UN wird besser und wir leisten dazu unseren Beitrag.“



Laut ihrer Charta zählen zu den wichtigsten Zielen der „United Nations Organization“ (UNO):

die Sicherung des Weltfriedens, die Einhaltung des Völkerrechts, der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit.

Die Vereinten Nationen gehen zurück auf die Haager Friedenskonferenzen (vor dem Ersten Weltkrieg) und den Völkerbund, der 1919 als Bestandteil des Versailler Vertrags gegründet wurde.

Am 26. Juni 1945 unterzeichneten 50 Staaten die Charta der Vereinten Nationen, die ihren Sitz fortan in New York hatten. Heute sind 193 Staaten Mitglied der UNO.

Wie kann die UNO reformiert werden?

Doch will man diese offenbar strukturell bedingten Probleme – von sexueller Belästigung bis hin zur Vergewaltigung, von der Günstlingswirtschaft bis hin zur Korruption – lösen oder die Verhaltensweisen innerhalb der UNO nur verbessern, dann kann das Aufdecken von Amtsmissbrauch lediglich der Initiator dafür sein. Für wirkliche Veränderung braucht es mehr. Ist das aber angesichts der Strukturen überhaupt möglich? Ist die Tatsache, wie mit Whistleblowern*innen umgegangen wird, nicht Beleg genug dafür, dass die Strukturen stärker sind als das Gewissen der Whistleblower*innen selbst?

Selbst Purna Sen hat die Vereinten Nationen verlassen. Sie begründet ihren Schritt damit, dass ihre „Möglichkeiten, in einer Organisation, die mir nicht erlaubte, sie zu kritisieren, begrenzt waren.“. Als Lösung betrachtet sie den „Druck von außen“, der einen Unterschied mache und sie „möchte Teil dieses Drucks sein.“

Brostrom sieht das am Ende der Doku allerdings anders, als sie zusammenfasst: „Die sind Polizei, Richter und Geschworene in einem. Die haben nie mit der realen Welt zu tun, mit der richtigen Polizei oder einem echten Gericht oder ähnlichem. Das läuft bei der UN nicht. Wegen dieser Straffreiheit können sie sich über das Gesetz stellen“. Erinnert das alles nicht eher an die Strukturen in der Kirche, die dortigen Missbrauchsfälle, Veruntreuungen und den vertuschenden Umgang mit all dem?

Zieht man in die Betrachtung mit ein, dass die UNO mit ihren 37 Unter-Organisationen (von UNICEF bis zum „World Food Programme“) ein Gesamt-Jahresbudget von fast 50 Mrd. Euro aufweist, dann muss schon aufgrund dieser Tatsache Macht- und Amtsmissbrauch befürchtet werden. Weiß man ferner, dass die leitenden Angestellten überall diplomatische Immunität gegenüber nationalen Gesetzen genießen, so bekommt diese Befürchtung leider umso mehr Legitimation.

An sämtlichen Kriegen und kriegerischen Auseinandersetzungen, die momentan auf der Welt ausgefochten werden, sind Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen beteiligt. Und derer sind es (mit Stand vom 18.10.2022) sage und schreibe ca. 30!

38 UNO-Mitgliedsstaaten stimmten im Dezember 2020 gegen ein weltweites Moratorium der Todesstrafe, 24 enthielten sich und acht waren bei der Abstimmung nicht vertreten. Damit votierten weniger als zwei Drittel der UN-Mitglieder für einen Hinrichtungsstopp. - Und das bei den klar formulierten Zielen aus der Charta der Vereinten Nationen (siehe Kasten)!

Dem „Ständigen Sicherheitsrat der UNO“ gehören die Regierungen von Frankreich, Russland, den USA, Chinas und Großbritanniens an. Diese (auch als Vetomächte bezeichneten) Staaten haben sich weder in der Vergangenheit noch aktuell besonders mit Ruhm bekleckert, wenn es um die Ziele geht, die in der UN-Charta festgelegt sind.

Will man Amts- und Machtmissbrauch unterbinden oder zumindest eindämmen, so müssen zu allererst die Privilegien fallen. Sie sind die Grundlage für Günstlingswirtschaft und Geheimhaltung. Transparenz hingegen wird dadurch erreicht, dass Entscheidungen von Gremien kontrolliert werden, denen Vertreter*innen

Stellungnahme des DGB
„Whistleblower*innen besser
schützen!“: <https://www.dgb.de/themen/++co++d0533b8a-706d-11eb-8330-001a4a160123>



von der Basis angehören: „Einfache“ Bewohner*innen der Regionen, die von den jeweiligen Entscheidungen betroffen sein werden, Vertreter*innen von sozialen Bewegungen, Umweltorganisationen und unabhängigen Gewerkschaften.

Ein Beispiel für das Zuwiderlaufen von Macht und struktureller Macht oder: der Fall Manning

Vor seiner ersten Präsidentschaft bezeichnete Barack Obama, in den so viele so große Hoffnungen gesetzt hatten, Whistleblowern*innen als „wertvollste Quelle“ und gab das Wahlversprechen ab, Regierungshandeln einer gesteigerten Transparenz unterwerfen zu wollen. Kritiker*innen stellten später fest, dass die Geheimhaltungspraxis seiner Regierung deutlich stärker war als die der zuvor regierenden Bush-Administration.

2013 (inmitten der Amtszeit von Obama, der von 2009 bis 2017 das Präsidentenamt der USA inne-hatte!) wurde Chelsea Manning wegen „Geheimnisverrats“ und „unerlaubten Übertragens geheimer Informationen“ verurteilt. Es drohten erst die Todesstrafe, dann lebenslange Haft. Die Staatsanwaltschaft nutzte das Verfahren, um Aussagen gegen Julian Assange zu erhalten, was jedoch misslang.

In ihrer Verteidigungsrede sagte Manning, keine Staatsfeindin zu sein. Sie wollte mit ihrem Vorgehen vielmehr dafür sorgen, „dass die Öffentlichkeit [...] eine allgemeine Debatte über das Militär und unsere Außenpolitik im Irak und in Afghanistan führen wird, wenn sie denn einmal diese Dokumente lesen könnte.“

Am Ende forderte die Staatsanwaltschaft 60 Jahre Haft, die Verteidigung plädierte auf maximal 25 Jahre. Am 21. August 2013 fiel dann das Urteil: 35 Jahre Gefängnis und 100.000 Dollar Strafzahlung.

Obama mischte sich erst kurz vor Ende seiner Amtszeit in das Verfahren ein, als die Nichtregierungsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ ihn aufforderte, seinen „Feldzug gegen Whistleblower“ zu beenden. Im Januar 2017 begnadigte Obama Manning, die dann am 17. Mai desselben Jahres endlich auf freien Fuß gesetzt wurde. Damit saß sie sechs Jahre, elf Monate und drei Wochen im Gefängnis – unter einem Präsidenten namens Obama.

Im März 2019 kam Manning erneut in Haft (diesmal Beugehaft), weil man sie zwingen wollte, gegen WikiLeaks auszusagen. Sie erklärte, eher verhungern zu wollen, als ihre Überzeugung in diesem Punkt zu ändern.

Heute lebt Manning unter Personenschutz in Manhattan. Ihr droht die unehrenhafte Entlassung aus dem Militärdienst und damit der Verlust ihrer Versorgungsbezüge. 2011, -12 und -13 war sie für den Friedensnobelpreis nominiert. Sie ist Ehrenmitglied des „Chaos Computer Club“ und bezichtigt die US-Regierung der Folter, die sie in der Haft erleiden musste.

COP27: Verschwendung von Zeit (und von fossilen Brennstoffen)

Die jährliche Klimakonferenz der Vereinten Nationen namens „Conference of Parties“ (COP) hat zum 27. Mal stattgefunden. Vorzuweisen hat sie kaum etwas, meint Meaghan Murray, Klimaaktivistin und Gewerkschaftsmitglied aus den USA. Übersetzung durch // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert hat die Weltklimakonferenz so gut wie nichts zum Kampf gegen den Klimawandel beigetragen. Seit COP21, als die Eliten der Weltpolitik lediglich dem Ziel zugestimmt haben, die Klimaerwärmung unter 1,5 Grad Celsius zu halten, ist kein einziges der 40 Ziele erreicht worden, die das unabhängige „World Resources Institute“ als „dafür unerlässlich“ bezeichnet hat, um die Erwärmung unter eben dieser Marke zu halten.

Man ist derart ineffektiv, dass die Klimaaktivistin Greta Thunberg schon im Vorfeld verkündet hat, nicht an der diesjährigen Konferenz teilnehmen zu wollen. Sie prangert die Politiker*innen und Konzerne an, die dort auf Touren kommen, um bloßes „greenwashing“ zu betreiben, und meint, dass die COP „nicht wirklich dazu geeignet ist, das ganze System zu verändern [...]“. So, wie es ist, funktioniert dieses Format nicht – außer natürlich um Anlass für uns zu bieten, es als Möglichkeit zur Mobilisierung zu nutzen“.

Der Krieg drängt das Klima als Thema in den Hintergrund

Letztes Jahr haben Hunderttausende zu historischen Demonstrationen anlässlich von COP26 mobilisiert. Doch weder die UNO noch „Klima-Promis“ wie John Kerry werden jemals zu denjenigen gehören, die solche Proteste anführen. Tatsache ist, dass er und andere führende politische Köpfe den Krieg in der Ukraine als Entschuldigung dafür genommen haben, weshalb sie nichts machen können.

Das geopolitische Chaos, das nach der Invasion Russlands in die Ukraine und die Einbindung der NATO, der USA sowie Chinas in den Konflikt entstanden ist, hat die Klimaziele der Regierungen ins Wanken gebracht. Russland hat die Gaslieferungen nach Westeuropa unterbrochen, und die Preise für Gas sind in die Höhe geschossen. Die EU und viele neo-koloniale Staaten greifen diesen Winter auf eine andere schmutzige Energiequelle zurück: die Kohle.

Nachdem man mehrere Jahrzehnte ungenutzt hat verstreichen lassen, ist heute immer noch keine Region der Erde vollends in der Lage, den Schalter auf erneuerbare Energieträger umzulegen. Der US-amerikanische, russische und chinesische Imperialismus wirken sich überall auf der Welt auf die arbeitenden Menschen aus: in Form von Krieg, Inflation, Ölkonzernen, die Riesengewinne machen, in Gestalt der daraus resultierenden Energiekrise und durch ihre beharrliche Ablehnung, auf nachhaltige Energien umzusteigen.

Inmitten dieser Krisen kommt es weiterhin zu Extremwetter-Ereignissen. Große Teile Pakistans stehen nach verheerenden Überschwemmungen während der Monsun-Zeit immer noch unter Wasser. Die ärmsten arbeitenden Menschen der Welt zahlen den Preis für die Untätigkeit der Herrschenden.

Unser Planet, nicht ihre Profite

Eine Konferenz der weltweiten Eliten aus Politik und Wirtschaft wird sich der Realität nicht stellen. Was wir brauchen, ist ein Systemwechsel. Wir leben in einem kapitalistischen System, das auf Verschwendung und Zerstörung basiert. So lange auch nur ein Dollar an Profit zu erwirtschaften ist, dürfen wir nicht erwarten, dass dieses System auch nur ein Millimeter Boden dieser Erde unangetastet lässt. Wollen wir das Klima retten, dann müssen wir es mit dem Kapitalismus aufnehmen.

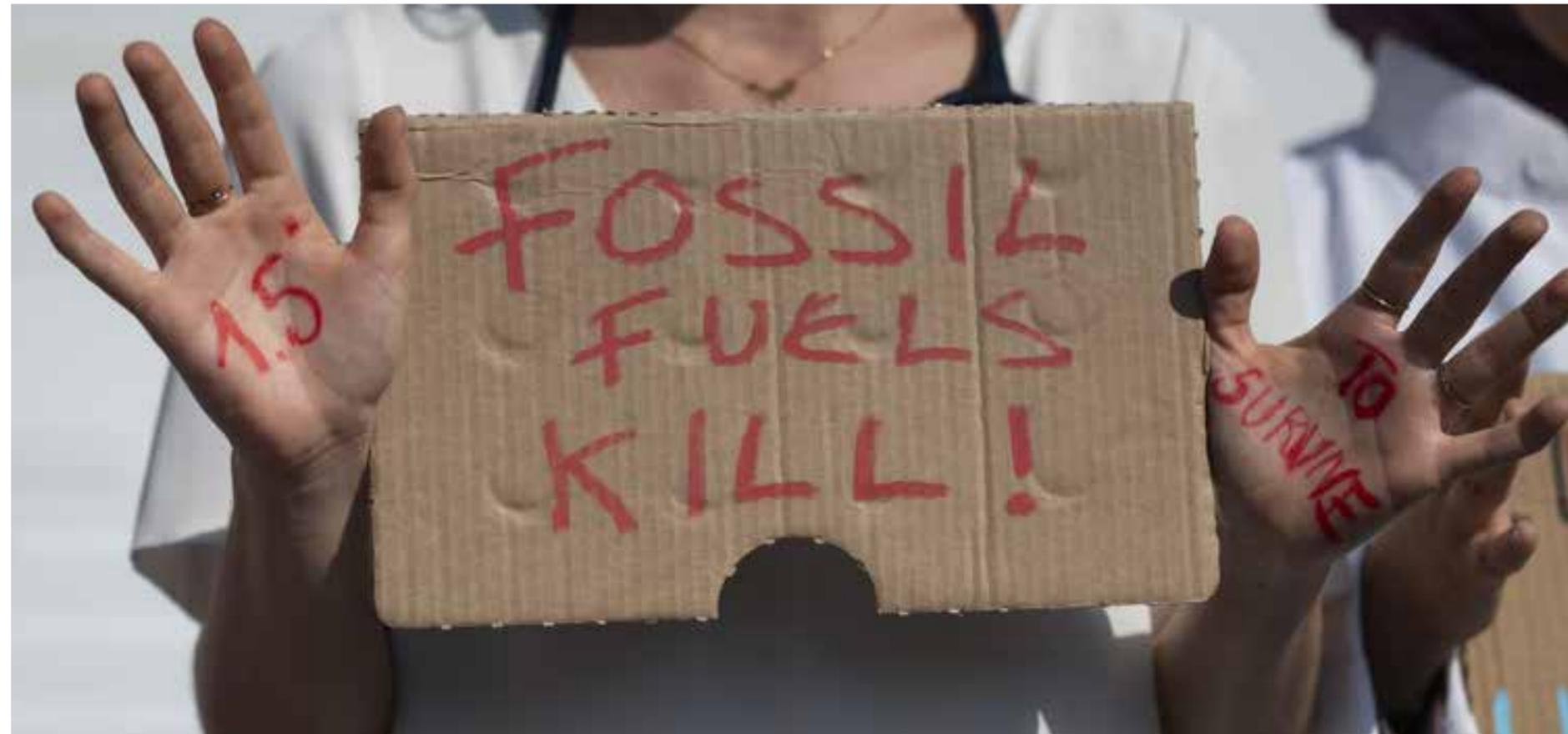
Am Veranstaltungsort in Sharm el-Sheikh befand sich das für Proteste ausgewiesene Areal weitab vom Konferenzzentrum mitten in der Geröllwüste.

Die gesellschaftliche Klasse der Milliardär*innen und ihre Politiker*innen werden das nicht übernehmen. Stattdessen haben sie bei COP27 zwei Wochen lang nur Zeit verschwendet. Die führenden Politiker*innen klopfen sich gegenseitig dafür auf die Schultern, dass sie Meilensteine gesetzt hätten. Erreicht haben sie diese aber noch lange nicht. Und die Vorschläge, die bei ihren Sitzungen herausgekommen sind, sind immer wieder abgeschwächt und einem „greenwashing“ unterzogen worden. Das Ziel der letzten 26 COPs hat darin bestanden, so lange auf Zeit zu spielen, bis sich irgendjemand anderes um die Probleme kümmern wird. COP27 macht da keine Ausnahme.

Die Bedeutung des Tagungsortes

COP27 hat im ägyptischen Urlaubsort Sharm el-Sheikh stattgefunden, der sich zwischen der Sinai-Wüste und dem Roten Meer befindet. Das ausgewiesene Areal, in dem Proteste erlaubt waren, befand sich weit ab vom Konferenzort mitten in der Geröllwüste.

In Sharm el-Sheikh leben nur rd. 70.000 Menschen. Wieso war nicht Kairo, die Hauptstadt Ägyptens, der Veranstaltungsort? Weshalb hat man sich nicht für Gizeh oder Alexandria entschieden? Die Antwort lautet: In den genannten Städten herrscht ein bei weitem größeres Potential für „zivilen Ungehorsam“. Dort



COP27 UN Climate Change Conference in Sharm El-Sheikh, Egypt.

hätte es zwischen „einfachen“ Ägypter*innen und Klimaaktivist*innen auf den Straßen und Plätzen zum Schulterschluss kommen können.

Im November letzten Jahres sind in Glasgow und Edinburgh über 100.000 Menschen auf die Straße gegangen, um anlässlich der dort abgehaltenen COP26 zu demonstrieren. Wir skandierten: „Klima-Kampf ist Klassen-Kampf!“ und „Unser Planet, nicht ihre Profite!“.

Doch in diesem November hat die COP in einer Art Zufluchtsort für Klima-Kriminelle stattgefunden, wo es nur Luxus-Hotels und herrschaftliche Anwesen von Regierungsmitgliedern gibt, die durch weitläufige Chausseen miteinander verbunden sind. Um ihre eigene völlige Inaktivität zu kaschieren, schieben die führenden Köpfe dieser Welt jedwedem Protest einen Riegel vor.

Auch die Sicherheitsvorkehrungen rund um Sharm el-Sheikh sind stark aufgestockt worden. Bei der COP27 handelt es sich umdrehen wohl bestbewachte COP, die es je gegeben hat. All dies steht in Zusammenhang mit dem seit Jahrzehnten bestehenden Verbot von öffentlichem Protest in Ägypten. So ist jede Mobilisierung extrem schwierig.

Die Latte ist gerissen

Schon zu Beginn der Konferenz, die am 6. November startete, schraubten die Medien ihre Erwartungen herunter. Die Ergebnisse, die

In Kairo, Gizeh oder Alexandria hätte es zwischen „einfachen“ Ägypter*innen und Klimaaktivist*innen zum Schulterschluss kommen können.

2021 erzielt worden waren, waren derart erbärmlich, dass der Konferenzorganisator Alok Sharma in seiner Abschlussrede zu COP26 weinen musste. Während die COP26 als „die bisher exklusivste COP“ bezeichnet wurde, ist die COP27 drauf und dran, diesen Rekord zu brechen. Ein Teilnehmer sagte, sie sei ihm „als ein schöner Urlaub in All-inclusive-Resorts angepriesen worden - man könnte meinen, wir würden in einen Traumurlaub fahren“. Gleichzeitig können sich Delegierte aus ärmeren Ländern weder diesen „Fünf-Sterne-Urlaub“ noch die Einreise-Visa leisten, die sie zu ihrem Platz am Verhandlungstisch befördert hätten.

Das diesjährige Thema, so Präsident El-Sisi, lautet „Eindämmung, Anpassung und Klimafinanzierung“. Während ernsthafte Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Menschen vor den Katastrophen zu schützen, die durch die Erwärmung verursacht werden (die bereits 1,0°C bis 1,3°C über dem vorindustriellen Niveau liegt), ist dies eindeutig ein Weg, um

die Art von drastischen Maßnahmen zu vermeiden, die zur Reduzierung der Emissionen notwendig sind. Die UNO und so ziemlich alle führenden Politiker*innen der Welt scheinen sich damit zufrieden zu geben, nach dem Motto „einen Schritt vor, zwei Schritte zurück“ zu verfahren, bis wir alle unter Wasser stehen.

Während Ägypten sich verpflichtet hat, alle benzinbetriebenen Busse in seinen Großstädten auf Elektroantrieb umzustellen (wobei einige mit Erdgas betrieben werden) - was eine Verbesserung darstellt -, erhielt Ägypten 2015 von BP, einem der größten Umweltverschmutzer der Welt, 12 Milliarden Dollar für den Bau einer neuen Hauptstadt. Im Gegenzug konnte BP neue Erdgasprojekte in dem Land starten. Und ein Hauptsponsor der COP27 war Coca Cola, einer der größten Plastikproduzenten der Welt. Wenn wir bei der Bewältigung der Klimakrise auf die Marktwirtschaft setzen, lassen wir die Umweltverschmutzer und Megakonzerne ans Rudern.

Die COP27 bringt es deutlicher als jede andere Konferenz zuvor auf den Punkt: Die kapitalistische Marktwirtschaft hat keine Lösung zur Bewältigung der Ursachen und Folgen des Klimawandels. Die Aufgabe, eine Bewegung aufzubauen, die in der Lage ist, die Welt aus den Händen der Unternehmen für fossile Brennstoffe und der Super-Reichen zu befreien, liegt bei uns, der Arbeitnehmerschaft und vor allen bei den jungen Menschen.

„Frau, Leben, Freiheit“ – der Aufstand im Iran

Das islamische Regime setzt fast alles daran, den Aufstand im Iran zu brechen, der nun über drei Monate andauert. Dennoch vertreibt selbst das Risiko des eigenen Todes die Menschen nicht von der Straße. // **Conny Dahmen, Mitglied der GEW Köln**

In den Städten steht das Militär und hat die Anweisung, gnadenlos gegen die Demonstrierenden vorzugehen. Bislang zählt man über 450 getötete Aktivist*innen, es kam zu Tausenden von Verhaftungen, das Internet ist blockiert und weitere Repressionen beherrschen den Alltag.

Und trotzdem heißt es in den Straßen der Städte weiterhin: „Frau, Leben, Freiheit“, „Tod dem Diktator“, „Dies ist die letzte Botschaft - unser Ziel ist das ganze System“. Es scheint kein Zurück mehr zu geben. Die Ermordung der jungen Kurdin Jina im Iran hat die größte Rebellion in der Geschichte der „islamischen Republik“ ausgelöst, die nicht nur das Mullah-Regime bedroht, sondern die gesamte Region erschüttern könnte.

Vor allem die Jugend spielt von Beginn an eine führende Rolle bei den Protesten. Trotz der zahlreichen Verhaftungen von Studierenden gehen die Uni-Streiks und Protestaktionen auf dem Campus weiter. Im Oktober wurde an knapp der Hälfte der 200 Universitäten des Landes der Unterricht boykottiert. Oft haben sich Lehrende den Studierenden angeschlossen.

Die Radikalität der Jugendlichen inspiriert auch breitere Schichten der Arbeitnehmerschaft. Alle leiden unter der anhaltenden Wirtschaftskrise, die neben Armut auch Wasserknappheit und eine enorme Inflation von 45 Prozent im letzten Jahr mit sich bringt. Gleichzeitig kontrollieren die „Revolutionsgarden“ die größten und wichtigsten Teile der Wirtschaft, die religiösen Führer bereichern sich maßlos auf dem Rücken der großen Mehrheit der Bevölkerung. So hat in den letzten Jahren die Unterstützung für die religiösen Institutionen immer mehr nachgelassen, Streiks und Aufstände haben hingegen zugenommen.

Die Lehrer*innengewerkschaft ruft immer wieder zu Streiks auf. Bereits in den letzten Jahren hatten die Kolleg*innen viele militante Streikaktionen organisiert: gegen Unterdrückung, unbezahlte Löhne, für bessere Arbeitsbedingungen und nun auch gegen Kleidungsvorschriften und staatli-



„Dies ist die letzte Botschaft - unser Ziel ist das ganze System“.

che Gewalt gegen Frauen. Das ist kein Zufall, denn an den Schulen ist das Lehrpersonal vorwiegend weiblich. So wie die Unterdrückung der Frauen ein Schlüsselement für das iranische Regime ist, so kommt den Frauen eine Schlüsselrolle in der Bewegung zu. Dabei ist klar, dass die Bewegung von Anfang an nicht nur ein Protest gegen die Hijab-Pflicht, sondern eine Rebellion gegen das gesamte Regime und das System ist.

Die Beschäftigten der Zuckerfabrik Haft Tappeh, die in den letzten Jahren militante Streiks organisieren und sogar die Rückverstaatlichung ihres Betriebes erreichen konnten, haben zu einem landesweiten Streik aufgerufen. Auch in der Öl- und petrochemischen Industrie, einer zentralen Säule der iranischen Wirtschaft, wird immer wieder gestreikt. LKW-Fahrer*innen, Arbeiter*innen in der Metallindustrie, in

**Die
Lehrer*innengewerkschaft
ruft immer wieder zu Streiks
auf.**

Gas-Raffinerien und in der Stahlindustrie schließen sich an. Die Idee eines Generalstreiks wird populärer. So soll Anfang Dezember das Wirtschaftsleben für drei Tage möglichst zum Erliegen kommen. Hierbei spielen kleine private Läden noch eine große Rolle, dennoch erhöht dies den Druck auf das Regime. Diese zunehmenden Arbeitskämpfe sind von entscheidender Bedeutung. Vor allem, wenn sie sich in Richtung eines wirklichen landesweiten Generalstreiks entwickeln, das Land zum Stillstand bringen und die Macht der Mullahs brechen.

Revolution und Konterrevolution

1979 kam es zur Revolution gegen den Schah, unter dessen Herrschaft eine kleine herrschende Elite unglaublichen Reichtum anhäufte, während die Arbeitslosigkeit explodierte und die Massen verelendeten. Auch damals schon standen Frauen an vorderster Front und kämpften für eine wirklich demokratische Gesellschaft ohne Unterdrückung. Dennoch konnten zwischen 1979 und 1981 die Mullahs die Führung der Bewegung übernehmen. Nicht zuletzt mithilfe

des Westens, doch vor allem aufgrund massiver Fehler der stalinistisch und maoistisch geprägten Linken, die sich am Ende den reaktionären islamistischen Kräften in einem trügerischen Bündnis gegen den Schah unterordneten.

Eine brutale Konterrevolution war die Folge, mit Massenhinrichtungen, Verhaftungen und harter Unterdrückung der gesamten Arbeiterbewegung. Besonders die weiblichen Aktivist*innen wurden grundlegender Rechte beraubt, faktisch von der Straße geholt und zuhause eingesperrt. Frauen durften keine Richterinnen werden, Strände und Sportplätze waren nach Geschlechtern getrennt, das gesetzliche Heiratsalter für Mädchen wurde auf neun Jahre herabgesetzt, verheiratete Frauen durften keine regulären Schulen besuchen, der Hijab wurde Pflicht. Diese Kontrolle über Körper und Kleidung der Frauen war von Anfang ideologisch zentral für das Regime, um die Arbeiterschaft zu spalten. Sie setzte sich schließlich in allen Institutionen des Systems sowie in der gesamten Gesellschaft fest. Nach offiziellen Angaben werden jedes Jahr über 2000 Frauen ermordet - durch Familienmitglieder, Polizisten und andere Sicherheitskräfte.

Alle zusammen, kein Zurück

Heute bringt die fortschreitende Urbanisierung deutliche Veränderungen in der weiblichen Bevölkerungsstruktur und damit ein neues, wachsendes Selbstbewusstsein unter Arbeiter*innen und jungen Frauen mit sich. Teil dessen ist die Entwicklung einer iranischen #metoo-Bewegung, die den alltäglichen Missbrauch und Gewalt öffentlich macht. Dass heute Frauen und Männer

Dass heute Frauen und Männer landesweit gemeinsam protestieren und mit dem Slogan „Frau, Leben, Freiheit“ die Frauenbefreiung bewusst in den Mittelpunkt der Bewegung stellen, ist eine neue Qualität.

landesweit gemeinsam protestieren und mit dem Slogan „Frau, Leben, Freiheit“ die Frauenbefreiung bewusst in den Mittelpunkt der Bewegung stellen, ist eine neue Qualität.

Dass dieser Slogan auch auf Kurdisch – Jîn, Jîhan, Azadî – gerufen wird, ist ebenfalls ein markantes Signal. Jina war, wie alle Kurd*innen und Angehörige anderer ethnischer oder religiöser Minderheiten im Iran,

brutaler Unterdrückung ausgesetzt. Die Bewegung könnte zu einem gemeinsamen Kampf nicht nur gegen sexistische, sondern auch nationale und ethnische Spaltung werden, wenn sie ein klares Programm zur Frage der nationalen Selbstbestimmung entwickelt und diese mit sozialen Fragen verknüpft.

So massiv die Repressionen sind, so scheinen die Sicherheitskräfte des Regimes doch zu schwächeln: es fehlt Personal, einige Soldaten sollen Berichten zufolge gar zur Bewegung übergelaufen sein. In einigen gehackten Audiodateien und Dokumenten zeigt sich Khameneis große Unzufriedenheit mit der Arbeit der „Revolutionsgarden“, und der Kommandeur der paramilitärischen Basiji ist besorgt um die „Müdigkeit“ seiner Truppen.

Das Mullah-Regime steckt in einer tiefen, verzweifelten Krise. Die eine Seite will weiter eine harte und noch härtere Linie fahren, mit Drohungen, Hinrichtungen von Aktivist*innen, weiterer Gewalt. Andere suchen nach irgendeiner Form von Zugeständnissen, die die Bewegung beruhigt und das Regime stabilisiert. Das zeigen z.B. die Meldungen um eine Auflösung der Sittenpolizei, die gerade während einer erneuten Welle von Protesten und Streiks verbreitet werden, und die auf Aussagen des iranischen Generalstaatsanwalts Jafar Montazeri zurückgehen. Da diese aber bisher von keiner Regierungsinstitution bestätigt worden sind, könnte es sich um ein reines Ablenkungsmanöver handeln. Solange die Hijab-Pflicht nicht fällt, könnten auch andere Institutionen oder Maßnahmen wie mehr Überwachungskameras die Sittenwächter ersetzen. Dennoch wäre das ein riskantes Manöver, da

sich die Bewegung durch solche Maßnahmen nicht beruhigt, sondern vielmehr ermutigt fühlen könnte, nach einem derartigen Sieg noch weiter in die Offensive zu gehen und noch weitere Schichten anziehen.

Fest steht: Wie auch immer dieser Aufstand ausgeht, das Regime wird sich von diesem historischen Schlag nicht mehr vollständig erholen.



Die Kampagne wird geführt in Zusammenarbeit mit der „Assoziation Solidar-nast“, die sich für die Wiederbelebung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung in Belarus einsetzt, und dem „Belarussischen Kongress Demokratischer Gewerkschaften“ (BKDP).

Weißrussland: Angriffe auf Gewerkschaften stoppen – inhaftierte Gewerkschaftsaktivist*innen sofort freilassen! Wir dürfen nicht schweigen!

Eine ganze Gewerkschaftsbewegung in einem europäischen Land steht gerade vor dem Aussterben. // Übernahme eines Aufrufs von www.labourstartcampaigns.net

Gerichte stufen die Gewerkschaften als „extremistisch“ oder als „westliche Agenten“ ein – nur weil sie das tun, was Gewerkschaften tun. Wenn dies heute in Ihrem Land geschehen würde, hätten Sie jedes Recht, Solidarität von Ihren Gewerkschaftskolleg*innen in anderen Ländern zu erwarten.

Wie oben beschrieben ist die Situation heute in Belarus. Ein nationaler Gewerkschaftsdachverband und große Gewerkschaften wurden verboten. Gewerkschaftsführer*innen sitzen im Gefängnis und müssen mit langen Haftstrafen rechnen. Das Regime hat eine Diffamierungskampagne gegen die Gewerkschaften und ihre Verbündeten gestartet. Infolgedessen hat der Verwaltungsrat der „Internationalen Arbeitsorganisation“ (IAO) ein Verfahren eingeleitet, das zu weiteren Sanktionen gegen die Regierung von Belarus führen wird.

Der Druck auf das Regime in Weißrussland wird immer stärker. Wir in der Gewerkschaftsbewegung haben die moralische Verpflichtung, unseren Brüdern und Schwestern in Weißrussland gerade jetzt zur Seite zu stehen.

Wir schließen uns ihnen an und fordern die sofortige Freilassung aller inhaftierten Aktivist*innen und die Wiederherstellung unabhängiger, demokratischer Gewerkschaften in dem Land.

Bitte helfen Sie uns, diese Kampagne auszubauen - wir brauchen Tausende von Nachrichten, um die Regierung in Belarus davon zu überzeugen, dass ihr Verhalten inakzeptabel ist. Bitte verbreiten Sie diese Nachricht in Ihrer Gewerkschaft.

Wir danken Ihnen!

Detaillierte Infos zur Kampagne finden sich hier!



Arbeitsniederlegungen an den britischen Universitäten

Für den 24., 25. und 30. November sind mehr als 70.000 Mitglieder der Gewerkschaft UCU („University and College Union“) zu Arbeitsniederlegungen aufgerufen worden. O-Töne dazu aus Großbritannien übersetzt von //Guido Schöni-an, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV

An den ersten beiden Tagen waren Streikposten vorgesehen, um dann am 30.11. mit allen Kolleg*innen gemeinsam zu einer Großkundgebung nach London zu kommen. Viele verbanden damit den Wunsch nach einer massiven Demonstration der Gewerkschaft und aller, die gegen die Preissteigerungen kämpfen.

Warum ich streike ...

„Wir werden maximal ausgebeutet“ Im Wissenschaftsbetrieb wird der Großteil der Forschungsarbeiten von Postgraduierten („postgraduate researchers“) durchgeführt, die in Großbritannien maximal ausgebeutet werden: Offiziell gelten wir als Vollzeit-Doktorand*innen, womit gerechtfertigt wird, uns die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall vorzuenthalten, uns stattdessen mit Armutslöhnen abzuspeisen und uns Regelungen zur Elternzeit zu verweigern. Wenn es aber darum geht, unbezahlte Lehraufträge zu verteilen oder uns in Arbeitsgremien einzusetzen, dann sind wir plötzlich „research staff“ (Forschungspersonal). Selbst das jämmerliche Angebot von 650 brit. Pfund, das den Niedriglohngruppen des Personals der Universität von Leeds gemacht worden ist, soll nicht für die Postgraduierten gelten. Begründet wird dies damit, dass Studierende nicht zur Gruppe der Berechtigten gehören.

Bei meiner Universität handelt es sich um eine der neun brit. Hochschulen, die im 19. Jh. in den großen Industriestädten gegründet worden sind. Sie ist eine Einrichtung der „Russell Group“, die mehr als drei Viertel aller öffentlichen Forschungsgelder

Die Gewerkschaft fordert vollen Inflationsausgleich plus Lohnerhöhung und reagiert damit auf das Angebot der Regierung i.H.v. fünf Prozent

erhält, und hat Vermögensanlagen im Wert von beinahe einer Million Pfund, die auf die ganze Stadt verteilt sind. Der Vize-Kanzler ist Chef der Verwaltung bezieht ein Gehalt von mehreren 100.000 Pfund (nicht eingerechnet das Haus, das Auto und andere Dinge, die ihm gestellt werden).

Dennoch meint die Verwaltung, dass Armutslöhne für das eigene Lehr- und sonstige Personal nicht nur gerechtfertigt sondern sogar fair sind. Durch Kürzungen bei den Rentenansprüchen und die Verweigerung von Lohnerhöhungen ist es zu einer Absenkung der Bezüge i.H.v. 40 Prozent gekommen. Rasch ausgeweitet wurden hingegen die befristeten Verträge und die „zero-hour-contracts“, bei denen die dienstverpflichtete Person nur dann tätig werden soll, wenn die dienstgebende Instanz Bedarf an der entsprechenden Dienstleistung hat. An der Lohnlücke aufgrund von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit und Behinderung ändert man jedoch nichts. Stattdessen bürdet man einem ohnehin schon überlasteten und rapide verringerten Personal eine in zunehmendem Maße gefährliche Arbeitslast auf. Dabei hat man noch nicht einmal den Anstand, zusätzliche Arbeit auch zusätzlich zu bezahlen.

Die Erfahrungen meiner Kolleg*innen wie auch meine eigenen sind der Art, dass es unausweichlich geworden ist Widerstand zu leisten. So schlimm wie jetzt war es noch nie. Wir verabscheuen es, unseren Studierenden zu schaden, aber eine andere Möglichkeit haben wir nicht.

Anthony Bracuti, Mitglied der UCU und Doktorand in Leeds

„Die Arbeitnehmer*innen sind diejenigen, die das Land am Laufen halten“

Die Pandemie hat mit aller Heftigkeit offenbart, dass die wichtigsten Arbeiter*innen in diesem Land zu den am schlechtesten bezahlten gehören. Wir sind auf die Straße gegangen, um den Krankenschwestern und -pflegern zu applaudieren. Und nur wenige Monate später legte die „Tory“-Regierung eine Kehrtwende hin und verweigerte ihnen eine Lohnerhöhung.

Aktuell müssen die Beschäftigten im Niedriglohnsektor mit großer Sorge mit ansehen, wie sich die ökonomische Krise weiter entfaltet. Fakt ist, dass unsere Einkommen nicht mehr reichen, weil die Inflation bei fast 13 Prozent liegt. Die Energiekosten für einen durchschnittlichen britischen Haushalt sollen bis April von bisher 2.500 brit. Pfund auf dann 4.347 Pfund steigen. Auch die Kosten für Lebensmittel nehmen zu. Die durchschnittlichen monatlichen Kreditraten sind um 300 Pfund teurer geworden. In einer Zeit, da die Konzern-Profitte fortwährend steigen, während die Reallöhne kontinuierlich sinken, wird von den abhängig Beschäftigten auch noch erwartet, dass sie die ganze Last der Regierungsmaßnahmen tragen.

Ich beteilige mich am Streik in der Hoffnung, dass sich uns mehr Kolleg*innen anschließen, wenn es darum geht Position zu beziehen. Wir müssen klar sagen, was wir mit unserer Arbeit Wert sind. Wir sind diejenigen, die den Konzernen den Profit überhaupt ermöglichen. Wir sind diejenigen, die das Land am Laufen halten. Wir, die Arbeiter*innen.

Und man darf uns nicht in die Zange nehmen, bis wir uns unser Essen, eine warme Wohnung oder überhaupt einen Ort zum Leben nicht mehr leisten können. Es ist naiv, das Vorgehen der Regierung bloß als „ungeeignet“ zu bezeichnen, weil es nämlich um nichts anderes geht als um den Kampf der einen gesellschaftlichen Klasse gegen die andere.

Emily Hotine, UCU-Mitglied aus Oxford



Die „University and College Union“ ist eine britische Gewerkschaft für Weiterbildung und Hochschulbildung. Sie vertritt über 120.000 Akademiker*innen, prekär beschäftigtes Forschungspersonal, Lehrkräfte, ständige Dozent*innen, Mitarbeiter*innen akademischer Fachdienste und Hilfskräfte.

Warum ich den Streik der UCU unterstütze ...

Die „University and College Union“ (UCU) kämpft für Lohnerhöhungen oberhalb der Inflation und geht gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse sowie belastende Arbeitsbedingungen vor.

Es ist abzusehen, dass Studierende dadurch Nachteile erleiden und die geschäftsführenden Rektoren („university vice-chancellors“) wie auch die Regierung die Folgen des Streiks, die dieser für das Bildungswesen hat, anprangern werden. Sie sollten den Blick aber lieber auf sich selbst und auf die Probleme richten, die sie Jahr für Jahr durch Kürzungen, einen wahren Studiengebühren-Schuldenberg und zunehmende psychische Belastungen unter den Hochschulbeschäftigten zu verantworten haben. Parallel zu alledem erhalten die „vice-chancellors“ im Schnitt mehr als 250.000 Pfund im Jahr.

Essentiell ist, dass die Studierenden den Streik voll und ganz unterstützen. Damit würden sie der Regierung und den Hochschulleitungen zeigen, dass sie sich mit den Unbeschäftigten solidarisieren. Solidarität trägt zur Stärkung der Aktionen bei und kann helfen, diese zum Erfolg werden zu lassen. Schließlich sind sie Teil des Widerstands gegen die Lebenshaltungskosten-Krise.

Wir wollen auf dem Campus dazu beitragen, dass die örtlichen UCU-Gliederungen von den Studierenden unterstützt werden und dass sich noch mehr aktiv an dem Kampf beteiligen. Der Konflikt um Löhne und Arbeitsbedingungen steht in direktem Zusammenhang mit den Kürzungen im gesamten Bildungsbereich. Wollen wir eine qualitativ hochwertige Bildung für alle Studierenden und einen angemessenen Lebensstandard für die, die ihn verdienen, dann müssen die Universitäten zur Gänze in öffentliches Eigentum überführt werden. Wir brauchen eine auskömmliche Finanzierung und die demokratische Kontrolle durch das Personal und die Studierenden darüber, wie die Universitäten geführt werden.

Callum Joyce, Student in Oxford

Historischer Streik an der Universität von Sheffield

Ende November kam es an der Universität von Sheffield zu einem dreitägigen Streik. Warum er als historisch zu bezeichnen ist und welche Ziele damit verbunden werden, berichtet Sam Morecroft, Vorsitzender der örtlichen UCU-Betriebsgruppe. Übersetzt von // **Guido Schönian, Mitglied der „forum“-Redaktion und des GfV**

Am Montag, dem 28. November, haben die gewerkschaftlich organisierten Kolleg*innen am „International College“ der Universität von Sheffield einen dreitägigen Streik durchgeführt. Sie wollen Verbesserungen beim Gehalt und den Arbeitsbedingungen. Diese Arbeitsniederlegung ist deshalb als historisch zu bezeichnen, da es sich um den ersten jemals durchgeführten Streik an einer ausgegliederten Bildungseinrichtung im Vereinigten Königreich handelt, die privat betrieben wird.

Obwohl das College unter dem Logo Universität Sheffield firmiert, wird es von der „Study Group“, einem multinationalen Konzern, betrieben. Die Mitarbeiter*innen des Colleges sind zu anderen Bedingungen beschäftigt als die Mitarbeiter*innen der Universität, haben eine andere Gehaltsklasse und sind vom universitären Rentensystem ausgeschlossen.

Während sich fast alle anderen UCU-Gliederungen bereits am Donnerstag, dem 24. November, am größten Hochschulstreik der Geschichte des Landes beteiligten, war unsere Gliederung gezwungen, zunächst auf lokaler Ebene über Gehälter und Arbeitsbedingungen zu verhandeln.

Wir fordern eine Lohnerhöhung von 12 Prozent, eine echte Lohnentwicklung, eine Überprüfung der Arbeitsbelastung und eine zusätzliche Lohnerhöhung für gering bezahlte studentische Hilfskräfte. Wir haben eine überwältigende Mehrheit für einen Streik gewonnen: 83 Prozent der Mitglieder stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 84 Prozent für einen Streik.

Nach der Urabstimmung unternahm die Study Group einen letzten Versuch, einen Streik zu verhindern, indem sie ein Angebot unterbreitete, das eine 6-prozentige Gehaltserhöhung für Mitarbeiter*innen mit einem Jahreseinkommen von weniger als 44.000 Pfund vorsah - die überwiegende Mehrheit des Personals der Hochschule -, doch unsere Mitglieder lehnten dies mit überwältigender Mehrheit ab.

Die Streikposten waren sehr gut besucht, insgesamt waren etwa 30 Mitglieder unserer Gewerkschaftsgliederung vor Ort, zusammen mit lokalen und nationalen Gewerkschaftsvertreter*innen und Studierenden aus dem College und der ganzen Stadt.

Die Universitäten im Vereinigten Königreich lagern alle Arten von Arbeitskräften aus - Reinigungskräfte, Caterer und Lehrpersonal gleichermaßen -, weil sie die Gewerkschaften und das Recht auf Tarifverhandlungen umgehen wollen. Unsere Gewerkschaftsgliederung hat gezeigt, dass sie damit nicht durchkommen werden. Outsourcing wird die Beschäftigten niemals davon abhalten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, um für bessere Löhne, Bedingungen und Konditionen zu kämpfen.

Während wir uns auf den dritten Streiktag zubewegen, diskutieren unsere Mitglieder bereits darüber, wie der Konflikt im Januar eskalieren soll.



Hochschulbeschäftigte, Dozent*innen und Studierende kämpfen gemeinsam für bessere Lehr-, Lern- und Lebensbedingungen; Foto: USIC UCU

Pflegestation

// Helga Löbber, Ausschuss Aktive Ruheständler*innen

In dem Pflegeheim, in dem mein Mann war, wurde er gut betreut. Pflegerinnen und Pfleger gingen trotz knapper Zeit und hoher Belastung mit ihren dementen Patienten freundlich um und versuchten, deren kognitive und mobile Fähigkeiten so lange wie möglich zu erhalten und sie als Persönlichkeiten zu stärken. Ob das bei dem Pflegenotstand in allen Alters- und Pflegeheimen so ist, weiß ich nicht. Es sollte so sein. Einen Ort in Köln kenne ich, wo es sicher so ist - vielleicht ein merkwürdiger aber offensichtlicher Vergleich - die Vogelschutzstation Köln im Gut Leidenhausen, die sich um gestrandete und verletzte Vögel - überwiegend Greifvögel und Eulen - kümmert. Gestrandet vielleicht schon auf der Autobahn, die neben dem Gut vorbeiführt. Vögel haben Millionen Jahre Erkenntnisse im Kopf, aber Autos und Autobahnen haben sie noch nicht auf dem Schirm und können die Gefahren nicht einschätzen, so dass sie häufig verletzt werden. Auf der Pflegestation werden sie gründlich untersucht, verarztet und aufgepäppelt. Ziel ist es, sie möglichst wieder auszuwildern. Als ich mir das gepflegte Leben in den Volieren betrachtete, überlegte ich, ob ich wohl unbedingt wieder ausgewildert werden wollte, aber Freiheit ist oberstes Ziel, hoffentlich nicht die Freiheit der FDP! Einige müssen bleiben, weil sie in der Freiheit nicht überleben können, für die gibt es dann „Betreutes Wohnen“ ein Leben lang.

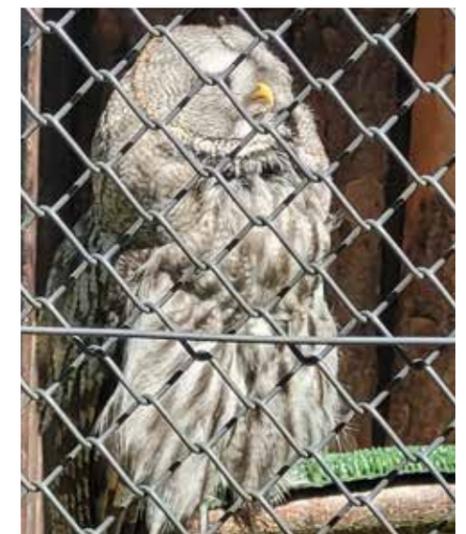
Eingerichtet wurde diese Pension 1967. Seitdem besteht die Hauptaufgabe der Station darin, Vögel für das Leben in Freiheit wieder fit zu machen und dort hin zu entlassen. Das geschieht, wenn sie wieder fliegen UND fangen können. Von 100 Vögeln können 60 freigelassen werden. Vögel, die durch Handaufzucht so sehr an die Menschen gewöhnt sind, dass sie in der freien Natur nicht mehr zurechtkämen, bleiben in der Schutzstation. Wie der Greifvogel, der für die Jagd abgerichtet wurde. Das erbeutete Kaninchen legt es seinem Besitzer vor die Nase und erwartet, dafür gefüttert zu werden. In der freien Natur könnte er lange darauf warten und würde verhungern. Die beiden Schneeeulen, die Filmstars waren - nicht bei Harry Potter - und nun hier sitzen, könnten sich in unserer Gegend nur in tief verschneiten Wintern - und wann haben wir die noch - ernähren, den Rest des Jahres würden sich die Mäuse totlachen, wenn ein auffällig weißer Vogel versuchte, Mäuse zu fangen, auch wenn er völlig lautlos angefliegen kommt.

Auf Lebens- und Liebesgeschichten wird hier Rücksicht genommen. Asyl erhält auch der Kauz, der sein Herz an ein Eulennädchen verloren hat, das nicht ausgewildert werden kann.

Und noch einige Informationen nach dem Motto: wusstest du,

- dass Eulen den Kopf ohne Schultern nach hinten drehen können und dass es äußerst abstrakt anmutet, wenn man von einem Uhu quasi mit dem Hinterkopf „angesehen“ wird?
- dass weibliche Eulen größer sind als ihre Männer?
- dass eine Schleiereule im Jahr 2.000 Mäuse fängt und der adäquate Unterhalt in der Pflegestation sehr teuer ist?
- dass der kleine Steinkauz genau so viel frisst wie große Eulen?
- dass die Turmfalken mit Papageien und nicht mit den anderen Falken verwandt sind?
- dass Vögel heimlich baden, weil nasse Vögel leicht zu fangen sind?
- dass Köln in NRW die Kommune mit der größten Wald- und Grünfläche ist, nämlich 40.000 Hektar?

Ich wusste das alles nicht. Wem das auch so geht, der sollte unbedingt die Vogelschutzstation Gut Leidenhausen besuchen. Sie ist sonn- und feiertags geöffnet.



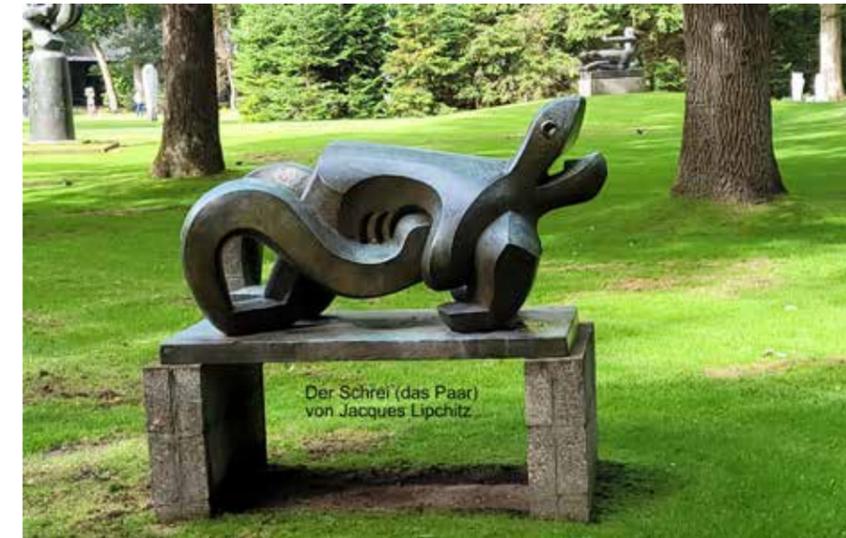
De Hoge Veluwe und das Kröller-Müller Museum

// Helga Pennartz, Ausschuss Aktive Ruheständler*innen

Geplant war der Ausflug der Ruheständler für Juni 2020, doch Corona und seine Auswirkungen ließen erst jetzt – im September 2022 – die Planung Wirklichkeit werden.

42 Senior*innen starteten von Bergisch Gladbach-Bensberg und Köln mit dem Bus Richtung Arnheim. Im Freizeitpark De Hoge Veluwe, in dem auch das Kröller-Müller Museum beheimatet ist, wurden wir freundlich begrüßt. Vier Stunden Aufenthalt lagen vor uns.

Die Geschichte des Nationalparks De Hoge Veluwe ist eine Geschichte voller Idealismus verbunden mit der Vision, Natur und Kultur zum Wohle der Öffentlichkeit zusammenzuführen. Der Park wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts von dem Ehepaar Anton und Helene Kröller-Müller gegründet. Anton Kröller war ein erfolgreicher Geschäftsmann. Er war leidenschaftlicher Jäger und kaufte daher ab 1909 in mehreren Phasen ein Jagdgebiet, De Hoge Veluwe. Helene Kröller-Müller war eine begeisterte Kunstsammlerin. Die Fundamente für den heutigen Park wurden zwischen 1909 und 1923 gelegt. Der Park wurde umzäunt und es wurden Tiere angesiedelt (Mufflons, Rothirsche und Wildschweine). Das Wohnhaus der Familie, Jagdhaus St. Hubertus, wurde gebaut. Helene, die bereits seit 1908 Bilder und Zeichnung



Der Schrei (das Paar)
von Jacques Lipchitz

vor allem von Vincent van Gogh sammelte, forcierte den Bau eines Museums für ihre Kunstsammlung. Ab 1923 herrschte jedoch eine ernste Wirtschaftskrise. Das Ehepaar musste den Bau des Museums einstellen. Es konnte den Besitz nicht mehr allein instand halten. 1935 ergab sich die Lösung des Problems: Der Park wurde zu einer Stiftung mit dem Namen „Het Nationale Park De Hoge Veluwe“. Die Kunstsammlung wurde dem niederländischen Staat geschenkt, der das Museum fertig bauen ließ.

Ein Höhepunkt für alle Teilnehmer war die Führung in Kleingruppen durch die zweitgrößte van Gogh Ausstellung der Welt. Vincent van Gogh (1853-1890) zählt heute zu den berühmtesten Künstlern der Welt, doch zu Lebzeiten war er kaum bekannt. Da seine Bilder sich nur schlecht verkauften, wurde er von seinem Bruder Theo finanziell unterstützt. Auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts war er nur einem kleinen Kreis bekannt, zu dem auch der Kunstpädagoge Hendricus Peter Bremmer gehörte. Da er Van Gogh für einen der „größten Geister der modernen Kunst“ hielt, riet er Helene Kröller-Müller dazu, seine Werke zu kaufen. Zwischen 1908 und 1929 stellte sie gemeinsam mit ihrem Mann Anton die außergewöhnliche Kollektion von fast 300 Werken des Malers zusammen, die sich heute im Museum befindet. Das große Interesse, dass das Ehepaar Kröl-

ler-Müller an Van Gogh zeigte, war ein wichtiger Faktor für die Wertschätzung, die sein Werk zu Beginn des 20. Jahrhunderts erfuhr.

In einer besonderen Galerie des Museums wird Vincent van Gogh geehrt. Hier sind in wechselnder Zusammenstellung etwa 40 seiner Bilder und Zeichnungen zu sehen. Außerdem werden seine Lebensgeschichte und sein Werk als Künstler von den Anfangsjahren im belgischen Borinage, über seinen Aufenthalt in Paris und der Provence bis zu seinem frühen Tod im französischen Dorf Auvers präsentiert.

Noch aus der niederländischen Periode stammen „Webstuhl mit Weber“, „Vogel-nester“ und eine Version von „Die Kartoffeleesser“. Aus der vom Impressionismus geprägten Pariser Zeit des Malers sind „Moulin de la Galette“, „Weideland“ und „Interieur eines Restaurants“ im Museumsbesitz. Die bekanntesten Werke im Kröller-Müller Museum sind eine Version der „Caféterrasse am Abend“ und die berühmte „Pont de Langlois“ aus der Zeit des Arles-Aufenthaltes von van Gogh. Diese bekanntesten Gemälde werden dauerhaft ausgestellt, viele seine anderen Werke werden in Sonderausstellungen bekannt gemacht.

1927 erschien von Helene Kröller-Müller das Buch: „Die Entwicklung der modernen Malerei. Ein Wegweiser für Laien“. Die Sammlerin erläutert darin, dass es ihr darum gehe, den Gesamteindruck der Entwicklungen in der Malerei darzustellen. Aus diesem Grund erwarb sie auch altägyptische, chinesische, japanische, siamesische, javanische und griechische Skulpturen und Keramiken sowie fast 80 Gemälde des 15. bis 17. Jahrhunderts.

Neben der **schönen Van-Gogh-Sammlung** entdeckten wir zahlreiche Spitzenwerke moderner Meister z. B. von **Claude Monet, Georges Seurat, Pablo Picasso, Piet Mondrian** und Bart van der Leek, einem niederländischen Maler, der bei uns leider weniger bekannt ist.

Wir spazierten durch einen Teil des weitläufigen **Skulpturengartens** und entdeckten Plastiken von **Jacques Lipchitz, Jean Arp, Marta Pan** und anderen. Durch seine Lage mitten in der **Veluwe**, dem größten zusammenhängenden Waldgebiet der Niederlande, und durch die einzigartige Kombination aus **Kunst und Natur** vereint der Park Erholung und Kunstgenuss. Radfahren in der Veluwe ist eine ideale Möglichkeit, um die Umgebung zu erkunden. Im Nationalpark De Hoge Veluwe kann man kostenlos die berühmten ‚Weißen Fahrräder‘ benutzen. Man findet hier sowohl Fahrräder für Erwachsene als auch für Kinder. Ein **Traumausflug** für Jung und Alt!



Schwimmende Skulptur von Marta Pan



Die Kartoffeleesser



Caféterrasse am Abend

Digital

Unser Ausschuss Aktive Ruheständler*innen möchte euch auch digital erreichen! Ihr habt eine E-Mail-Adresse und bislang noch keine Infos von unserem Ausschuss per E-Mail erhalten? Sendet uns einfach eure E-Mail-Adresse und wir nehmen diese in unserem System auf! Eine kurze E-Mail an kontakt@gew-koeln.de senden genügt schon.

Einladung zu einer Führung durch das Kolumba Kunstmuseum mit Markus Juraschek-Eckstein

Das Museum bietet einen Blick auf drei Besonderheiten: Ort, Sammlung und Architektur. Zweitausend Jahre abendländischer Kultur sind in einem Haus zu erleben mit Kunstwerken von der Spätantike bis zur Gegenwart. In der Architektur im Zusammenwirken der Kriegsruine der spätgotischen Kirche St. Kolumba, der Kapelle »Madonna in den Trümmern« (1950), der einzigartigen archäologischen Ausgrabung (1973-1976) und dem Museumsbau des Schweizer Architekten Peter Zumthor.

Ort: Kolumbastraße 4, 50667 Köln

Datum & Uhrzeit: Mittwoch, 25.01.2023, 10.30 Uhr

Kosten: 8 Euro Eintritt

Die Teilnehmer*innenzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon: 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall unbedingt auch wieder abmelden.

Einladung zu einer Lesung mit Andreas Storm

Der rheinisch-bergische Autor Andreas Storm hat seinen ersten Krimi „Das neunte Gemälde“ bei Kiepenheuer & Witsch veröffentlicht. Er beleuchtet in seinem Debüt die Abgründe der jüngeren europäischen Geschichte und liest aus seinem Buch.

Ort: Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, Großer Saal (1. Etage)

Datum: Mittwoch, 08. März 2023, 16.00 Uhr

Kosten: 10 Euro

Die Teilnehmer*innenzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon: 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall unbedingt auch wieder abmelden.

Alle müssen gut durch die Krise kommen

- 1** Kostenfreies Essen in Kitas und Schulen
- 2** Kita & Ganzttag beitragsfrei
- 3** Unterstützung für Studierende
- 4** Energiekosten von Bildungseinrichtungen subventionieren

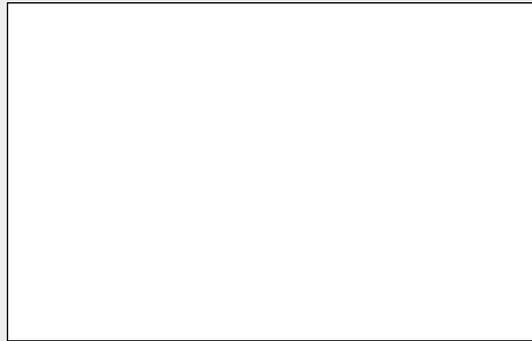
Wir fordern die Landesregierung auf, sozialstaatlich einzugreifen und gezielte Entlastungen umzusetzen.



Weitere Informationen

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft





**10,5 PROZENT
MEHR GEHALT
MINDESTENS 500 €**

**GEW PROFIS
BRAUCHEN
MEHR**
TARIFRUNDE TVÖD 2023

A graphic with a purple background. On the left is a red sack with a yellow outline, a yellow Euro symbol (€) on it, and a yellow star. To the right of the sack is a red banner with white and yellow text. At the bottom center is the GEW logo and the slogan 'PROFIS BRAUCHEN MEHR' with 'TARIFRUNDE TVÖD 2023' below it.

Tarifrunde TVöD 2023

Bei der Tarifrunde 2023 für den öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen geht es um Gehaltserhöhungen für etwa 1,6 Millionen Beschäftigte. 10,5 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 500 Euro – das fordern die Gewerkschaften für die Beschäftigten. Für die GEW betrifft das vor allem die Kolleginnen und Kollegen im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst. #ProfisbrauchenMEHR!